

Sicherheit wissen an der Bezeichnung festhält. Sogar die Sicherheiten von Locarno nicht und ist Deutschland umstände, mehrere Garantien zu bieten? Wenn Briand sagt, es handele sich hier um ein Geschäft, so ist das offen gestanden nicht recht verständlich.

Immerhin — und das ist das wertvollste in der Rede des französischen Außenministers — Frankreich weigert sich nicht, das Räumungsproblem aufs neue zu prüfen. Briand erklärt sich bereit, mit den Vertretern Deutschlands zu verhandeln und spricht die Hoffnung aus, daß man bei gemeinsamen gutem Willen zu einem befriedigenden Ergebnis kommen werde. Freilich auf der Basis einer Kontrolle der entmilitarisierten Zonen. Hier liegen die Schwierigkeiten und einseitigen Zweifel. Briands Rede ist in diesem Punkte nicht ganz unmißverständlich, aber erfreulicherweise enthält sie nichts, was den neuerdings wieder von dem sozialistischen Abgeordneten Léon Blum bestätigten Programm der internationalen Sozialistenkonferenz in Luxemburg direkt widerspricht. Zum mindesten ist die Notwendigkeit der Erleichterung ständiger Kontrollorgane nach dem Jahre 1935 nicht ausdrücklich betont, und was an Sicherheiten verlangt wird, das kann praktisch mit Hilfe des im Dezember 1926 vom Völkerbundsrat unter Zustimmung Deutschlands beschlossenen Prüfungsreglements erreicht werden.

Doch es bleibt dabei: vor den Wahlen ist an ernstliche Verhandlungen und an Entscheidungen nicht zu denken. Es kommt alles darauf an, wie nachher die Regierungen bei uns und bei unseren Nachbarn aussehen. Der französische Minister hat mehrfach auf die Ausführungen des Herrn von Frentag-Boringhoven Bezug genommen. Er hat ihm etwas zu viel Ehre angeeignet, und wenn er gar von der Möglichkeit spricht, daß dieser Gegner Stresemanns einmal in das auswärtige Amt einrücken könne, so wird das zwar dem baltischen Baron sehr schmeicheln, aber selbst bei seinen Freunden dürfte diese Perspektive nur ein Lächeln erwecken. Über Briand hat, indem er auf Herrn von Frentag-Boringhoven hinwies, in Wirklichkeit ohne Zweifel die deutschnationale Partei gemelt, und so mit der Vorsicht, die ein Staatsmann bei der Kritik an den inneren Verhältnissen eines anderen Landes anwenden muß, eins der wesentlichsten Hindernisse für die Verständigung angedeutet. Ueberlegen wir seine Worte in ein klares Deutsch, so lauten sie: Frankreich wird sich nicht sicher fühlen, solange die deutschnationalen in der Regierung sitzen. Und die Schlussfolgerung heißt: wer die deutsch-französische Verständigung und die Befreiung des Rheins will, der muß seine Kraft einsehen, um das Kabinett des Bürgerblocks zu beilegen!

Blockfreunden.

„Komm zu mir... Geh von mir!“

Der Streit unter den Bürgerblockgenossen um das Schulgesetz wird immer ergößlicher. Das Zentrum will weiterverhandeln, um seinen katholischen Anhängern in den Wahlkampf wenigstens das neuerrichtete Barrecht der Kirche als schwer errungenen Erfolg zeigen zu können. Die deutschnationalen wollen dem Zentrum dabei helfen, damit sie selbst in den agrarischen Gebieten Ostpreußens um so ungenierter herrschen können. Bleibt die „Volkspartei“, die in erster Linie eine Vertretung der großkapitalistischen Schwerindustrie darstellt, aber diesen Charakter doch nur ausnahmsweise annimmt, wenn sie einen schimmer nationalliberalen Tradition behält.

Es steht die Volkspartei dem Schulgesetz mit einem offenen und einem trockenen Auge gegenüber. Die Simultanschule in den süddeutschen Gebieten ist als „liberale“ Errungenschaft durch Jahrzehnte gegen katholischen und orthodoxen Ansturm von den Nationalliberalen verteidigt worden. Sie heute preisgeben, würde für die Volkspartei den Verzicht auf ihren „liberalen“ Ruf bedeuten und zumindest in Lehrer- und Oberlehrerkreisen Enttäuschung hervorrufen, die sich bei den bevorstehenden Wahlen unangenehm bemerkbar machen würde. Denn schließlich bringen doch auch bei der Volkspartei die Wähler die Stimmen, während die Schwerindustrie hauptsächlich das Geld liefert, um diese Stimmen zu werben.

Zugleich zeigt die Volkspartei den Blockgenossen in der Schulgesetzfrage ein wenig freundliches Gesicht. Für ganz Deutschland hat sie zwar die Vertiefung der Schule mit all ihren schwerwiegenden Folgen zugestanden, aber für die bisherigen Simultanschulländer will sie — bisher — die Simultanschule lassen, um ihres Rufes willen. Das Zentrum redet gut zu und denkt, daß die Zeit auch den Rat bringen werde. Man will später wieder verhandeln.

Auf das Ansinnen, neue Vorschläge für Verhandlungen zu machen, stellt in der volksparteilichen Fraktion der Vorsitzende Scholz fest, die „Fraktion“ sehe keinen Anlaß, von ihrer bekannten Stellung in der Schulfrage abzugehen. Darauf ist die „Germania“ enttäuscht: Wenn die Volkspartei wirklich auf ihrem Standpunkt verharren wolle, solle sie das bald sagen, denn dann hätten Verhandlungen wirklich keinen Zweck mehr!

Prompt erfolgt die Antwort aus der Volkspartei in der „Tagl. Rundschau“:

Wir glauben, darüber unterrichtet zu sein, daß dem Zentrum dieser Standpunkt der Deutschen Volkspartei wiederholt betont worden ist. Auch beim Zentrum sollte kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die Volkspartei von ihrem bekannten Standpunkt in der Schulfrage nicht abgehen wird...

Man sollte meinen, das sei sehr einseitig und daß keine Verhandlungen wirklich keinen Zweck mehr hätten. Nichtsdestoweniger ist tausend gegen eins zu wetten, daß morgen doch wieder von der Notwendigkeit neuer Verhandlungen die Rede ist, daß das Zentrum seine „ewigen Grundzüge“ und die Volkspartei „ihren bekannten Standpunkt“ einander näher zu bringen suchen. Nach dem alten Kirchner: Komm zu mir, geh von mir, ich mag dich nicht sehen!

Das Opfer dieses Grundlagenschwachs ist aber der Nachwuchs des arbeitenden Volkes, der in der Zeit höchster technischer Entwicklung dem Einfluß der Geistlichkeit wieder ausgeliefert werden soll. Die Kinder dieser um Scholz und Marx, um Dumum und Reich besuchten bekanntlich nicht oder doch nur zeitweilig die Volksschulen!

Nicht ehrenvoll, aber gesund — das ist die sogenannte Tarnparole: daß sie dem heutigen Kabinett in Polen noch heilig ist, sagt die Streichung ungenauer Kandidaten. Das ist jedoch den unabhängigen polnischen Sozialisten und den Kommunisten gegeben. Alle Stimmen für diese Parteien sind ungenügend!

„Fort mit Stresemann!“

Deutschnationales Echo der Briand-Rede.

Die Kommentare der Berliner Abendpresse an der Rede Briands bestätigen klarer denn je die Ansicht, daß die gegenwärtige Rechtsregierung nur noch eine Fiktion darstellt. Es war vorauszu sehen, daß die deutschnationale Presse das Negative aus der Rede Briands stark unterstreichen würde, um zugleich das Positive mit einer Handbewegung abzutun. Aber die Rechtsblätter begnügen sich nicht mit einer Polemik gegen den französischen Außenminister. Ihre Angriffe richten sich hauptsächlich gegen die Politik von Locarno und gegen Stresemann. Das geschieht freilich in verschiedenen Nuancen. Wie immer äußert sich am zurückhaltendsten die „Deutsche Tageszeitung“, die lediglich der Wilhelmstraße ihren „trotz allen Rückschlägen noch immer ungebrochenen Optimismus“ vorwirft.

Die „Kreuz-Zeitung“ dagegen, die in seiner Schlagzeile „Briands Absage an Stresemann“ meidet, überschreibt ihre Leitartikel „Locarno-Begräbnis“. Darin heißt es, daß „die französische Antwort in jeder Beziehung ungenügend, unzureichend und unzufriedenstellend ist“. Sie bedeute „eine absolute Absage an Dr. Stresemann“. Briand habe einen „hiden Strich“ unter den Geist von Locarno gezogen, auf den sich Stresemann immer berufen habe. Hugenbergs „Lokal-Anzeiger“ verhöhnt die optimistische Auffassung der zuständigen Stellen und findet es „einigermaßen erstaunlich, daß man aus dieser Rede Briands Positives herauszulesen können glaubt“. Der „Lokal-Anzeiger“ gibt der Rechtsregierung noch eine kurze Frist, um sich an der Hand des Pariser Stenogramms von dem Mißerfolg des Stresemannschen Appells an Briand zu überzeugen und wartet ab, in welcher Weise dann die Wilhelmstraße reagieren wird...

Die „Deutsche Zeitung“ endlich spricht offen das aus, was so ziemlich alle Deutschnationalen heimlich denken:

„Darum muß die Schlussfolgerung aus Briands Rede für uns erneut lauten: Fort mit Stresemann!“

Die „Deutsche Zeitung“ ist das Organ des völkischen Flügels der Deutschnationalen, zu deren Hauptmännern der Abg. von Frentag-Boringhoven zählt. Dieser ist von der deutschnationalen Reichstagsfraktion mit Fleiß als erster offizieller Redner bei der letzten außenpolitischen Debatte vorgeführt worden. Die Fraktion Westarp hat ihn bewußt als Sprecher bestimmt, obwohl er gerade weil sie wußte, daß er ein erbitterter persönlicher Gegner Stresemanns ist und die Ansichten der „Deutschen Zeitung“ vertritt. Der Rufus der „Deutschen Zeitung“ ist nicht die Parole von bedeutungslosen Außenpolitikern, sondern eine der künftigen Wahlparolen der gesamten Deutschnationalen Partei im kommenden Wahlkampf. Die Zurückhaltung der „Deutschen Tageszeitung“ erklärt sich daraus, daß die Agrarier noch aus der Bürgerblockregierung verschiedene Liebesgaben herauspressen möchten. Schiele muß solange wie möglich im Amt bleiben, deshalb darf der Kampf gegen Stresemann noch nicht offen geführt werden. Aber am Tage, an dem das Auflösungsdekret unterzeichnet ist, wird es keinen Unterschied mehr zwischen der „Deutschen Zeitung“ und der „Deutschen Tageszeitung“ geben!

Es ist indessen schon jetzt unverkennbar, daß die Deutschnationalen immer dreister von der offiziellen Außenpolitik abrücken, obwohl sie selbst die stärkste Regierungspartei der gegenwärtigen Rechtskoalition sind. Bereits seit langer Zeit bestehen die „Richtlinien“ nur noch zum Schein. Im Wahlkampf werden die Deutschnationalen so auftreten, als hätten sie nie die Locarnopolitik gebilligt und mitgemacht. Die getriggen Aussätze der Rechts-

presse wollen sogar schon im voraus der künftigen Reichsregierung verbieten, irgendeine Konzession für die vorzeitige Räumung zu machen. Deshalb sei hier die grundlegende Tatsache festgestellt, daß Stresemann in seiner Reichstagsrede vom 30. Januar folgenden wichtigen Satz ausgesprochen hat, der bereits Gegenstand der internationalen Diskussion geworden ist:

„Wir werden eine Diskussion über Fragen, die eine Beobachtung der Verhältnisse im Grenzgebiet bis zur Beendigung der für die Befreiung des Rheinlandes in Aussicht genommenen Zeit vorsehen, nicht grundsätzlich ablehnen...“

Dieses Angebot Stresemanns ist erfolgt im Namen einer Reichsregierung, in der vier deutschnationale Minister sitzen. Die deutschnationalen Minister sind davon nicht abgerückt, sie sitzen weiter im Kabinett, sie tragen für dieses Angebot und seine weiteren praktischen Folgen die gleiche Verantwortung wie die Minister der Deutschen Volkspartei und des Zentrums. Das wird man sich im Wahlkampf merken müssen und auch nachher!

Landbund in Not!

„Bei Sekt, Kaviar und Austern“ — sagt ein Zentrumsorgan

Den agrarischen Demagogen, die jetzt mit der Bauernrevolution drohen, weil sie ihre Interessen als Großgrundbesitzer gefährdet sehen, widmet der offizielle Pressedienst der Zentrumspartei folgende Zeilen:

„Wenn man hört, daß bei dem größten Schwindelunternehmen, das seit Jahren soeben in Berlin aufgedeckt worden ist, bei dem Bombardhaus Bergmann, sich Großgrundbesitzer aus dem Osten mit Hunderttausenden von Mark, einer sogar mit mehr als einer halben Million Mark, beteiligten, weil man ihnen, sage und schreibe, achtundvierzig Prozent Zinsen versprochen — wobei sich jeder vernünftige Mensch klar darüber sein mußte, daß es sich hier wirklich nicht um ein ehrliches Geschäft handeln konnte —, dann muß man sich doch die Frage vorlegen, wie es möglich ist, solche Gelder freizumachen und daneben noch nach einer Staatshilfe zu rufen! Und es ist sicherlich nicht boshaft, sondern nur eine einfache Tatsachenfeststellung, wenn bemerkt wird, daß in den großen, ausschließlich von Fremden besuchten Vergnügungsorten von Berlin noch nie ein solcher Massenandrang von typischen ostelbischen Agrariern gezeichnet hat wie jetzt, und daß noch übereinstimmender Auskunft noch niemals in diesen Lokalen soviel Sekt, Kaviar und Austern verzehret worden sind. Auch das deutet nun nicht gerade auf eine Katastrophe dieser Art, während in der Tat viele andere Befugte kleiner und mittlerer bäuerlicher Betriebe wirklich am Verhungern sind. Die meisten von uns dagegen, das heißt, die sich als Volksführer ausgeben, sich als Volksführer betätigen und doch nie unter dem Deckmantel der Sorge für alle Teile des landwirtschaftlichen Standes für die Großen und Mächtigen noch mehr herausgehoben versuchen.“

Unter Koalitionsgenossen ist das eine niedliche Sympathie! Die Ausführungen des Zentrumsdienstes wenden sich aber nicht nur gegen die Landbündler im allgemeinen, sondern auch gegen Minister Schiele, dem beistimmt wird, in geradezu demagogischer Weise vor dem Landbund gesprochen zu haben. Demagoge und „Volksführer“ zu sein und dann noch nach der Auffassung einer maßgebenden Regierungspartei, dürfte selbst einem deutschnationalen Minister nicht alle Tage in dieser Offenheit beschieden werden, wie es der offizielle Pressedienst der Zentrumspartei nach den obigen Ausführungen getan hat.

Poincarés Aufwertungspläne.

Keine Stabilisierung vor den Neuwahlen. — Léon Blums kritische Finanzrede.

Paris, 3. Februar. (Eigenbericht.)

Im Verlauf der Kammerdebatte über die Finanzpolitik gab Poincaré am Freitag zwei sensationelle Erklärungen ab. Er lehnte es zunächst rundweg ab, die legale Stabilisierung des Franken noch vor den Neuwahlen durchzuführen und sprach sich dann in ungewöhnlicher Weise für eine weitere Revalorisierung des Franken aus.

Die Stabilisierung, so führte er aus, sei nur durch den Kredit sicher zu stellen. Man müsse die Entwicklung in Belgien betrachten, um die Schwierigkeiten der Aufgaben zu erfassen. Frankreich werde über kurz oder lang zur Goldwährung zurückkehren, aber die dazu erforderlichen Maßnahmen mühen mit dem Minimum an sozialen Ungerechtigkeiten und Gefahren durchgeführt werden. Der Vorschlag, zum Kurse von 150 Franken für das englische Pfund (zurzeit 124 Franken — Red. d. „B.“) zu stabilisieren, sei aber keineswegs annahmefähig, da dadurch die Rechte der Rentner geschädigt würden.

Damit hat sich Poincaré ungewöhnlich auf eine weitere Aufwertung des Franken festgelegt, ein Standpunkt, der von der überwiegenden Mehrheit der Wirtschaftsexperten und — was politisch noch bedeutsamer ist — von sämtlichen Interessenten in der Finanzdebatte abgelehnt worden ist. Poincaré forderte schließlich, daß man die Regierung nicht allzu sehr dränge, sie würde im Parlament ihre Vorschläge einbringen, sobald die Stunde dazu gekommen sei.

Poincaré setzte sich dann noch eingehend mit der von den Sozialisten geforderten Kapitalabgabe auseinander. Er leugnete nicht, daß diese Forderung zu Ende des Jahres 1925 eine gewisse Berechtigung gehabt habe, wo eine Kapitalabgabe das sicherste Mittel zur Eindämmung der Inflation und zur Konsolidierung der damals bedrohlich gewordenen schwebenden Schuld gewesen wäre. Heute seien die Verhältnisse anders.

Léon Blum

erklärte gegenüber Poincaré, daß ihm die Rede des Ministerpräsidenten nicht befriedigen könne, weil sie jene Fragen, auf deren Beantwortung das Land wartet, außer Acht gelassen habe. Poincaré habe weder die Frage der Verantwortung für den Währungszusammen-

bruch des Franken berührt, noch habe er ein Programm für die Zukunft entworfen. Durch die Rede des Ministerpräsidenten sei die Stabilisierung auch nicht um einen Schritt ihrer Verwirklichung näher gedrückt worden. Im Gegenteil, die Stunde dafür sei in noch weitere Ferne gerückt. Des weiteren hält Blum eine scharfe Abrechnung mit den wahren Urhebern des Währungszusammenbruchs. Die der Koalition der „Nationalen Einigung“ nicht angehörenden Sozialisten hätten keine Ursache dazu, an der Generalamnestie teilzunehmen. Es müsse vielmehr gesagt werden, daß der Franken nur in Frankreich selbst angegriffen worden sei und

daß es die Rechtsparteien waren, welche die Kampagne zur Untergrabung des Vertrauens bei den französischen Inhabern von Wertpapieren geführt haben.

Es haben dann alle Regierungen systematisch sabotiert, bis ein Zustand öffentlicher Panik das Kabinett der „Nationalen Einigung“ an die Macht brachte.

Die Aufwertung des Franken habe das Steigen der Preise nicht aufgehalten, wodurch wiederum ein erhöhter Bedarf an Zahlungsmitteln eingetreten sei. Die Wirtschaftslage dauere in Frankreich an und keine Industrie sei gut beschäftigt.

Blum stellt dann fest, daß die Regierung

der neuen Kammer die schwierigsten Aufgaben überlasse,

wie die Durchführung der Stabilisierung, die Lösung der Schuldenfrage und die Angleichung der Gehälter an die Lebenshaltungskosten. Blum weist demgegenüber auf das klar umrissene sozialistische Programm hin: Gesetzliche Stabilisierung zum gegenwärtigen Kurse, Konsolidierung der schwebenden Schuld, Herabsetzung der Verbrauchssteuern, Einschränkung der militärischen Ausgaben und die Erhebung einer progressiven persönlichen Kapitalsteuer zwecks Amortisierung der öffentlichen Schuld.

Blum schließt mit einer an die Radikalen gerichteten Aufforderung, die Abgeordneten mögen bei der Schlußabstimmung für die Stabilisierung stimmen für oder gegen die Politik der „Nationalen Einigung“, die den Staat in Abhängigkeit vom Kapital gebracht habe.

Die Streikbrecher sollen helfen.

Die mitteldeutschen Metallindustriellen suchen Bundesgenossen.

Halle, 3. Februar. (Eigenbericht.)

Der Verband Mitteldeutscher Metallindustrieller, Bezirk Groß-Anhalt, hat an seine Mitglieder folgendes Rundschreiben erlassen:

Betrifft arbeitswillige Unorganisierte.

Der Vorstand des Verbandes hat am heutigen Tage in einer Sitzung die Streikfrage erneut besprochen. Insbesondere ist die bereits in der Mitgliederversammlung angeschnittene Frage, wie man sich den arbeitswilligen Unorganisierten gegenüber verhalten solle, Gegenstand der Beratung gewesen, zumal sich solche Arbeitnehmer schon an die einzelnen Betriebe und auch an unsere Geschäftsstelle deshaß gemeldet haben. In Übereinstimmung mit den Bezirksgruppen Magdeburg und Halle ist der Vorstand der Auffassung, daß nichts mehr dagegen einzuwenden ist, wenn nichtorganisierte Arbeitswillige in Betriebe beschäftigt werden. Falls dies nicht genügend ist, wird den Betrieben anheimgestellt, diese nichtorganisierten Arbeitswilligen in geeigneter Form zu unterstützen. Soweit die Betriebe dazu in der Lage sind, läßt

geforderte Unterstützung

oder bezahlter Urlaub und Anrechnung desselben auf das Jahr 1928 in Frage. Wir heben ausdrücklich hervor, streng darauf zu sehen, daß nur nichtorganisierte Arbeitswillige von dieser Regelung betroffen werden. Im einzelnen Falle ist dies besonders nachzuprüfen. Außerdem ist jedem unorganisierten Arbeitswilligen folgende Bescheinigung zur Unterschrift vorzulegen: Ich erkläre hiermit ausdrücklich, daß ich keiner gewerkschaftlichen Organisation angehöre und auch von einer solchen dritten Seite keine Unterstützung während des gegenwärtigen Arbeitskampfes beziehe oder beziehen werde, noch irgendwelche Beiträge an sie bezahle. Bei Unterschriftsoffenzahlung durch die Arbeitnehmer sind diese ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß sie sich im Rechtsinne des Betruges schuldig machen, wenn die Erklärung unwahr ist. Dazu erklärt die Zentralstreikleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes. So groß die Organisation des Verbandes Mittel-

deutscher Metallindustriellen ist, so kleinlich sind doch die Mittel, die sie anwenden, um die berechtigten Forderungen der Metallarbeiter abzuwehren. Sind die Solidaritätsaktionen der übrigen Metallindustriellenverbände schon als Versager zu bezeichnen, so trifft dies noch mehr zu auf die, wie man so schön sagt, nichtorganisierten Arbeitswilligen. Selbst wenn es den Metallindustriellen gelingt, hier und da in einzelnen Betrieben einige ehrlose Arbeiter zu finden, so wissen sie doch ganz genau, daß sie

mit diesen Streikbrechern nichts anfangen können

gegenüber der großen Masse, die wie eine Mauer steht und sich durch nichts beirren läßt.

Die im Kampf befindlichen organisierten Arbeiter wissen zu genau, daß mit dem Hinauslaufen einiger Streikbrecher in die Betriebe die Bewegung keinen Abbruch erleidet, im Gegenteil, die Metallindustriellen nur dadurch belastet werden.

Wenn die Metallindustriellen zunächst Hoffnung haben konnten, daß durch die Einmischung der KPD. in die Bewegung und durch die Schreibelei der kommunistischen Presse ihnen Hilfe werde, so sollte man annehmen, daß sie diese Hoffnung heute begraben haben, denn in allen Orten ist die Kampferweiterungsparole der KPD. abgewiesen worden. Auch

der neueste Trick, die Öffnung der Betriebe,

wird nicht verlangt. Je länger der Kampf dauert, desto offensichtlicher tritt in Erscheinung, daß die Bewegung fest in den Händen des Deutschen Metallarbeiterverbandes liegt. Seiten ist ein Kampf mit solcher Ruhe und Entschlossenheit geführt worden wie dieser mitteldeutsche Metallarbeiterkampf. Der Führung wird überall Vertrauen entgegengebracht, und ebenso vertraut man auf die Stärke der Organisation. Wir wissen, daß die Arbeit in den Betrieben drängt, und daß nur böser Wille die Metallarbeiter hindert, die Produktion in Gang zu setzen. Die Metallarbeiter sind überzeugt von der Gerechtigkeit dieses Kampfes und nicht willens, zu den Bedingungen der Metallindustriellen in die Betriebe zu gehen.

Ein Verleumder gerichtet.

In der Jahresgeneralversammlung der Sattler und Tapezierer hatte der Kommunist Schmeller gegen einen Angestellten ehrenrührige Angriffe erhoben. Nun wurde am Donnerstag in der Treibriemenbrache die Neuwahl der Leitung und Kommission vorgenommen. Schmeller war bisher 1. Vorsitzender der Kommission. Nach eingehender Diskussion brachte die Versammlung ihren größten Unwillen über die Handlungsweise Schmellers zum Ausdruck. Das Ergebnis war, daß Schmeller von seinen eigenen Parteigenossen im Stich gelassen wurde, denn er, der sonst das große Wort führte, wurde nicht einmal vorgeschlagen. Die Wirkung des Auftretens Schmellers war die, daß einschließlich der Stimmen der Kommunisten eine neue Kommission, bestehend nur aus Anhängern der Richtung Amsterdam, einstimmig gewählt wurde.

Das möge auch für die Mitglieder des Sattlerverbandes bei der Abstimmung Richtschnur sein. Denn als 1. Kassierer schlägt die Opposition einen Verleumder vor, dessen Handlungsweise noch schlimmer ist als die des nunmehr gerichteten Verleumders Schmeller.

Deutsch-Tschechoslowakische Vereinbarung.

Ueber die Beschäftigung von Landarbeitern.

In den letzten Tagen fanden im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen zwischen Vertretern der zuständigen deutschen und tschechoslowakischen Ministerien über die Anwerbung tschechoslowakischer landwirtschaftlicher Wanderarbeiter und ihre Beschäftigung in der deutschen Landwirtschaft statt. Die Verhandlungen haben zu einer Vereinbarung geführt, die am 2. Februar d. J. im Reichsarbeitsministerium unterzeichnet wurde und durch einen Notenwechsel in Kraft gesetzt werden soll.

Freigestellte Betriebsratmitglieder.

Wer sie zu benennen hat.

In dem Streit um die Freistellung im Hauptbetriebsrat bei der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft haben die christliche Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und der Christlich-Sozialistische Eisenbahnerverband die Ansicht vertreten, daß die Freistellung von Betriebsratsmitgliedern nach dem Verhältniswahlverfahren durch den Gesamtbetriebsrat zu erfolgen habe. Sie gingen sogar so weit, die Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung in die Betriebsratsverordnung zu verlangen. Das Arbeitsgericht Berlin hat festgestellt, daß der Betriebsrat, da ihm nach der Betriebsratsverordnung die Aufgabe zufällt, durch einzelne seiner Mitglieder die laufenden Geschäfte des Betriebsrats zu erledigen, auch die Verantwortung für die richtige Führung der Geschäfte hat. Bei der Auswahl der für die Geschäftsführung freigestellten Mitglieder muß in erster Linie die persönliche Eignung und Tüchtigkeit der Personen geprüft werden. Deshalb muß die Auswahl der freigestellten Mitglieder dem Betriebsrat durch den Gesamtbetriebsrat zu erfolgen haben.

Gegen den Beschluß des Arbeitsgerichts legten die genannten Gewerkschaften Rechtsbeschwerden beim Reichsarbeitsgericht ein. Sie wurde jedoch durch Beschluß vom 21. Dezember 1927 verworfen. Die Gründe des Reichsarbeitsgerichts sprechen eine deutliche Sprache gegen die Auffassung der GDE und des KCB. Es wird darin besonders hervorgehoben, daß die Freistellung durch den Betriebsrat sich gerade aus dem Inhalt, Sinn und Zweck des Betriebsratsgesetzes ergibt. Da die Beschlüsse des Betriebsrates durch die Stimmenmehrheit der erschienenen Mitglieder und Stellvertreter gefaßt werden, schließt im Ergebnis das Reichsarbeitsgericht den Gründen des Arbeitsgerichts Berlin bei.

Einigung im Karosseriegewerbe.

Der Vergleichsvorschlag angenommen.

Zu dem von uns bereits am Mittwoch mitgeteilten Vergleichsvorschlag, der vom Vorstand des Schlichtungsausschusses zur Beilegung des Karosseriekonfliktes gemacht worden war, nahmen gestern Abend die organisierten Berliner Karosseriearbeiter in einer überfüllten Versammlung in Voelkers Festsaal Spilling. Der Vergleichsvorschlag sieht bekanntlich eine Erhöhung sämtlicher bestehenden Löhne und Akkorde ab 1. Februar um 5 Proz. und ab 1. September bis 31. Dezember um weitere 2 Proz. vor.

Der in der vorigen Branchenversammlung von den Karosseriearbeitern abgelehnte Schiedspruch sah eine Erhöhung der Löhne und Akkorde ab 1. Februar bis 31. Oktober um 3 Proz. vor. Dieser Schiedspruch war von den Karosseriearbeitern hauptsächlich wegen der zu langen Laufzeit abgelehnt worden. Die Unternehmer hatten dem Schiedspruch allerdings mit dem statutenmäßig bekannten Argument abgelehnt, daß die im Schiedspruch vorgesehene Löhnerhöhung für ihre Betriebe untragbar sei.

Nachdem Genosse Henrichel vom Metallarbeiterverband den Versammelten einen kurzen Bericht von den Vergleichsverhandlungen gegeben hatte, begann über die zur Entscheidung stehende Frage eine ausgedehnte, sehr sachliche Diskussion. Die Meinungen gingen sehr auseinander. Während sich ein Teil der Diskussionsredner für die Annahme des Vergleichsvorschlages aussprach, trat der andere Teil für die Aufnahme des Kampfes zur Erzwingung besserer Zustände ein.

Die gabelne Abstimmung ergab nicht die statutenmäßig erforderliche Dreiviertelmehrheit für den Streit, so daß der Vergleichsvorschlag von den Karosseriearbeitern als angenommen bezeichnet werden muß. Da auch die Unternehmer bereits bei den Vergleichsverhandlungen ihre Zustimmung zu dem Vorschlag des Gewerkerats Kämer bezeugt hatten, gilt nunmehr der Konflikt im Karosseriegewerbe als beendet.

Sattler, Tapezierer und Portefeuliker.

Heute müßt Ihr wählen gehen.

Heute, in der Zeit von 12-3 Uhr nachmittags, findet in dem bekannten 24 Wahllokale die Wahl der Angestellten statt. Wie im Vorjahre, machen auch diesmal die Kommunisten, die sich unter dem Pseudonym „Opposition“ verbergen, die größten Anstrengungen, um zum Erfolge zu kommen. Die „Rote Fahne“, die am Freitag zur Wahl Stellung nahm, trat nicht mit der Aufzählung von „Erfolgen“ der „Opposition“ in unserem Verbande. Leider ist dabei nur ein Haken, denn nicht die Opposition war 1927 tätig, sondern die Richtung Amsterdam. Wenn die günstige

Entwicklung im Jahre 1927 vorhanden war, so ist es auf die Tätigkeit der bisherigen Angestellten in erster Linie zurückzuführen, denn diese haben ja die Agitation zu führen.

Was den Fall des Oppositionsandidaten Thieme betrifft, der als 1. Kassierer kandidiert, so hat Thieme wegen verbandsschädigenden Verhaltens seine Rüge bereits 1927 bekommen und nicht in Verbindung mit der Wahl. Daß Riedel, der als 2. Kassierer kandidiert, seine Zulibeträge erst zu Weihnachten zahlte, muß jetzt die „Rote Fahne“ selbst angeben. Sie redet sich damit heraus, daß andere Kollegen ebenfalls lange rückständig sind. Sie vergißt aber dabei, zu bemerken, daß viele Kollegen eben nicht für die höchsten Posten kandidieren.

In einem Flugblatt behaupten die Kommunisten, daß die SPD-Fraktion die Wahlpropaganda aus Verbandsmitteln betreibt. Das ist selbstverständlich unwahr. Im selben Flugblatt behaupten sie auch, daß die Oppositionsliste von der Bewehrung gestützt sei, was höchlich als lächerliche Angelegenheit angesehen sei. Es kann keine Fälschung sein, da Fröblich seit dem Jahre 1926 ununterbrochen bei der Stadt Berlin angestellt und demzufolge nicht mehr im Berufe tätig ist.

Wir fordern unsere Kollegen auf, sich durch die Manöver der Kommunisten nicht täuschen zu lassen. Die Kollegen der Amsterdamer Richtung, die bisher tätig waren, sind allen Kollegen durch jahrelange Arbeit bekannt. Nicht so aber die Kandidaten der Opposition, von denen einige bestimmt nicht die notwendigen Qualifikationen haben. Darum wähle heute jeder die bisherigen Angestellten: A. Blume, 1. Vorsitzender, W. Oßen, 2. Vorsitzender, A. Wepfer, 1. Kassierer, O. Heinrich, 2. Kassierer, W. Hoffmann, Sekretär.

Die Wahl wird um 8 Uhr geschlossen. Wählen kann nur, wer die 52. Woche 1927 gelebt hat.

Um den Schiedspruch für die Schwerindustrie Montag Urteil des Arbeitsgerichts Dresden.

Dresden, 3. Februar. (Eigenbericht.)

In dem Arbeitszeitstreit der sächsischen Hüttenindustrie fanden vor dem Arbeitsgericht Dresden neue Verhandlungen statt. Zur Erörterung stand die Frage, ob der vom Reichsarbeitsminister verbindlich erklärte Schiedspruch gegen zwingende Gesetzesvorschriften verstößt und deshalb ungültig ist. Die Vertreter des Metallarbeiterverbandes konnten ihre Rechtsauffassung mit dem Gutachten eines anerkannten Arbeitsrichters stützen. Das Urteil wird Montag vormittag verkündet.

Wird der Schiedspruch für die sächsische Hüttenindustrie, der sich an die Schiedsprüche für die rheinisch-westfälische Hüttenindustrie anlehnt, für geschwächt erklärt, dann entsteht eine völlig veränderte Situation. Zweifellos muß ein solches Urteil auch Rückwirkungen auf die rheinisch-westfälische Hüttenindustrie haben.

SPD-Mitglieder: Heute in der Zeit von 1-4 Uhr treffen sich sämtliche SPD-Mitglieder im Reichsbannerhof, Reichenberger Str. 147, zur Entgegennahme von Wahlpropaganda. Der Vorstand des SPD-Kreisverbandes des M. Anhaltens. Am Sonntag 10 Uhr im Raumhafen, Haupt-Str. 44, für wichtige Besprechung. Dabei muß erscheinen. Der Kreisverband.

SPD-Kreisverband: Heute 10 Uhr im Hof des Reichsbannerhofes, Reichenberger Str. 147, wichtige Besprechung aller im Bezirk anwesenden und wohnenden Kollegen. Kompatiblernde Redner können einbestimmt werden. Der Kreisverband.

SPD-Kreisverband: Heute 10 Uhr im Hof des Reichsbannerhofes, Reichenberger Str. 147, wichtige Besprechung aller im Bezirk anwesenden und wohnenden Kollegen. Kompatiblernde Redner können einbestimmt werden. Der Kreisverband.

SPD-Kreisverband: Heute 10 Uhr im Hof des Reichsbannerhofes, Reichenberger Str. 147, wichtige Besprechung aller im Bezirk anwesenden und wohnenden Kollegen. Kompatiblernde Redner können einbestimmt werden. Der Kreisverband.

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Geert; Wirtschaft: G. Alingelber; Gewerkschaftsbewegung: H. Kallra; Familien: K. A. Döhler; Kaffee und Süßwaren: A. Kallra; Anzeigen: E. Kallra; sämtlich in Berlin. Verlag: Schmidt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Schmidt-Verlag, Berlin. und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin. 28. Lindenstraße & Stern 2. Lohren und „Unterhaltung und Wissen“.



CARISCH-KAFFEE	
Pikador, der reine waldschmeckende Kaffee.	1/2 Pfund-Paket M. 1.10
Prävaal, ein Kaffee, den sich jeder leisten kann.	1/2 Pfund-Paket M. 1.25
Wiekend, der Kaffee für den Sonntagstisch.	1/2 Pfund-Paket M. 1.70
Carissima, Edelkaffee.	1/2 Pfund-Paket M. 1.95
Weitere Preislagen 3.-, 3.40, 4.-, 4.40, 4.80 pro Pfund	
CARISCH-SCHOKOLADE	
Raviana Speise-Schokolade, 95 Pf. 4 Tafeln 400 Gramm	
Carisch-Schokolade, Milch-, Bitter-, Nuß-Schokolade, in Preis und Geschmack unerreicht, 100-Gramm-Tafel	
30 bis 60 Pf.	
Carisch-Pralinen im Karton 110 220 320	
CARISCH-TEE	
Familien-Mischung, feiner aromatisch-Blatt-TEE 1/2 Pfund-Pack.	95 Pf.
Carisch-Tee in allen Geschmacksrichtungen	
Pfund. M.	5.40 6.- 7.- 8.- 10.-
Bei Entnahme von 1/2 Pfund eine elegante Teedose gratis!	

CARISCH-WEINE	
Montagne spanischer Rotwein 1/2 Flasche M.	1.18
Tarragona, extra fein 1/2 Flasche M.	1.18
Griechischer Süßwein, vollreif 1/2 Flasche M.	1.28
Malaga feiner alter 1/2 Flasche M.	1.58
Ruster Gold, Burgenländischer Süßwein 1/2 Flasche M.	1.88
Weitere Sorten 1/2 Preis! 18 mit 18 Pf.	

CARISCH-KEKS	
Carisch-Keks Pfund von	80 Pf. an
Carisch-Halbmonds m. Schokolade	1.20
Warmbrunner Gebäck	1.40
Carisch-Sterne, sortiert, kartoniert	1.45
Carisch-Puppen mit Schokolade	1.50

Diese Ausnahmepreise jeden Freitag u. Sonnabend in 48 Carisch-Läden. Für Carisch-Kaffee und Carisch-Weine auch an anderen Tagen.

CARISCH

CARL RICHARD SCHMIDT
48 CARISCH-LÄDEN.

Schweineschlachten.



Mag auch die Zahl der innerhalb der eigentlichen Stadtgrenzen Berlins ein Schwein fütternden ein Minimum sein, so erfreut sich doch die Viehhaltung in dem jetzigen Groß-Berlin einer erfreulichen Aufwärtsbewegung. Hühner, Kaninchen, Ziegen, Schweine — dieses vierfüßrige Kleebrot ist bei den meisten von denen zu finden, die dem Traum einer eigenen Behausung mit Garten Erfüllung geben konnten. Kamenlich das Schwein ist der sichtbarste Ausdruck einer vor ärgster Not gesicherten Lebenshaltung und so wird der „ar- und halm-lose“ Städter mit einem gewissen Unglauben der Schilderungen des Elends in den jüngsten agrarischen Rundgebungen lauschen — von Leuten gesprochen, die angesichts ihrer Vorräte das Hungergepenst noch nie haben auf-tauchen sehen.

Beilfleisch und frische Wurst.

„Schlachtag ist Festtag“ sagt der Begleiterte zu der Vorführung einer Hauschlachtung, und der Jubrang des Publikums zu der Darstellung der Umwandlung des Schweines zu Fleisch, frischer und Dauerwurst, die täglich in der „Grünen Woche“ sich abspielt, zeigt, daß „Schweinefleisch“ noch immer eine große Zugkraft ausübt. Wichtige Rollen spielen da, in denen das zu frischer Wurst zu verarbeitende Fleisch gefolgt wird. Ist dies geschehen, so nimmt ein elektrisch betriebener Wolf das zum Durchdringen bestimmte Material auf und ein hinreichend konstruierter Füllapparat befördert das Einfüllen der Ware in die Därme. Ein Zylinder nimmt die Masse auf, unten endend er in eine Röhre, über die der Darm gezogen wird. Ein Zahntrieb preßt die Masse in den Darm — eins, zwei drei — die Wurst ist fertig! Diese Maschinen sollten in keinem ländlichen Haushalt fehlen; jede Erleichterung im Wirtschaftsbetriebe ist der Hausfrau zu gönnen. So darf auch eine Dosen-Schleifmaschine auf Beifall rechnen; im Bedapparat ist nur eine bestimmte Anzahl Klappen unterzubringen, während die geschlossenen Dosen an massive dem Hochdruck ausgelegt werden können. Für die Dauerwurst wird das Fleisch zweimal „gedreht“, dann mit Gewürz durchsetzt. Die Masse muß fest in den Darm gestopft werden — das Produkt wird zunächst einige Zeit getrocknet, dann geräuchert. Letztere Prozedur kann natürlich auf der Ausstellung nicht durchgeführt werden. Der Betrieb der „Hauschlachtung“ wird von jungen Mädchen besorgt, die aus landwirtschaftlichen Haushaltungen in der Landwirtschaftskammer und aus einer landwirtschaftlichen Frauenschule stammen. Die Arbeit geht ihnen flink von der Hand und die Resultate ihrer Arbeit können gleich nebenan in einer „Rührlkäsestube“ erprobt werden.

Milch und Milchföhe.

Ein Pendant zu dieser Schaustellung ist die gleichfalls durch die Natürlichkeit ihrer Gegenstände: Milchföhe — Wartung und Melken — große Anziehungskraft ausübende Abteilung: die Milch. Sehr

zu loben ist die klare Veranschaulichung der an gute Milch zu stellenden Forderungen durch bunte Wandtafeln. Die Preussische Versuchs- und Forschungsanstalt für Milchwirtschaft in Kiel zeigt hier, welchen Weg der Produzent einzuschlagen hat, um dem Konsumenten, dem Städter also, die Ware in der Vollendung zu liefern, die andere hochstehende Landwirtschaftsländer zu bieten vermögen. Arbeiten — und nicht nach Zollabsperrung rufen: das ist die aus der interessantesten Vorführung hervorgehende Lehre. Sie klingt anders als das Hegebrüll der Großagrarien, die aus politischen Gründen den „Bauernfang“ betreiben.

Die Arbeit der Gewerkschaftsschule. Bildungsarbeit als soziale Pflicht.

Noch immer haben die herrschenden Klassen die unterworfenen Schichten in geistiger Abhängigkeit zu halten versucht. Ihre Vormacht bekam stets die ersten Risse, wenn der Funke der Erkenntnis in den Massen der Ausgebeuteten hineinfiel. Die bestehende Ordnung kam in Gefahr, wenn diese Masse geistig selbständiger wurde und ihre Lage erkannte. Der „Rechtsstaat“ willkürlicher und nor-malweltsinniger Prägung ist dahin. Die neue Demokratie gewährt dem einen oder dem anderen Proletariat den Aufstieg sogar bis ins — akademische Proletariat! Die Masse aber versucht man weiter in töpfer geistiger Abhängigkeit zu erhalten. Der lächerliche Schul-gesetz-Ruhhandel im Reichstag legt Zeugnis dafür ab und weiter dafür, wie pfäffliche Unzulänglichkeit noch immer die Menschen des 20. Jahrhunderts an das Mittelalter fesseln will. Mehr noch: Die großen Unternehmerverbände entwickeln und fördern eine großzügige eigene Berufs- und Arbeitspolitik „erziehlischen“ Charak-ters, um zu den Händen ihrer Arbeiter auch noch deren Gehirne zu verkaufen.

Die Arbeiterklasse ist heute nicht mehr machtlos. Die politischen und gewerkschaftlichen Massenorganisationen haben von jeher ihre sozialen Kämpfe durch naturliche geistesbildende Arbeit unterbaut. Heute hat die Arbeiterklasse durch die Gewerkschaften zahllose Ses-slungen in der sozialen Verwaltung und Rechtsprechung inne, die von Tausenden ihrer Mitglieder und Funktionäre besetzt und aus-gesfüllt werden müssen. Die Gewerkschaften haben ein eigenes Bil-dungswesen geschaffen, um alle diese Menschenkräfte bereitzustellen. Die Kampfakademie der Berliner Gewerkschaften ist die Berliner Gewerkschaftsschule. Hier erarbeiten Funktionäre und Mitglieder sich das zum Kampf notwendige Wissen nicht nur die jungen, son-derm vor allem die gereiften, ja sogar die alten, deren graues Haar von vielen Jahrzehnten sorgenvollen Daseins erzählt, nehmen an den Kursen der Gewerkschaftsschule teil. Sie alle schaffen tags-über im Betriebe. Keiner von ihnen hat die Anwartschaft, seine

Kenntnisse, sein neues Wissen gewinnbringend durch eine spätere Anstellung in den Gewerkschaften oder durch den Aufstieg in eine bessere Stellung zu verwerten. So leisten sie anstrengende, oft mehrjährige Bildungsarbeit an sich selbst, nur um ihre ehrenamt-lichen Aufgaben als Vertrauensleute, als Betriebsräte oder Arbeits-räte im Interesse ihrer Berufs- und Verbandsgenossen wahr-nehmen zu können. Sie leisten diese Arbeit aus jenem tiefsten pro-letarischen Pflichtgefühl der Solidarität. Die Bildungsarbeit wird ihnen zur sozialen Pflicht, zur ehrenvollen politischen Aufgabe.

Hier wird die Wissenschaft der Gewerkschaftsbewegung gelehrt. Die Gesetze und die Bedingungen der Bewegung selber, ihre Auf-gaben und Ziele auf den Gebieten der Nationalökonomie, der Sozialpolitik, des Arbeitsrechts, der Betriebswirtschaft und Arbeits-wissenschaft. Die Gewerkschafter wissen, daß sie heute ihre Auf-gaben nicht mehr erfüllen können, ohne sich mit diesen Wissen-schaften auseinanderzusetzen. Sie tun es. Nicht jedem fällt es leicht. Aber alle sind mit unermüdlichem Eifer dabei. Biele? Nun, es ist schon ein stattliches Heer. Alljährlich hat die Schule zwischen drei- und viertausend Hörer. Seit sie besteht, sind umherher 30 000 Gewerkschaftsschüler durch ihre Kurse hindurchgegangen. Dreihunderttausend! Manche waren nur kurze Zeit dabei, um irgendeine be-sondere Frage, ein besonderes Gebiet zu bearbeiten. Sehr viele aber verpflichteten sich für zwei Jahre. Andere, nicht wenige, sind fünf und mehr Jahre dabei geblieben. Treu nicht nur der Schule, Treu vor allem ihrem Verbands-, ihrer Kollegenschaft, der sie immer bessere Hilfe und Mitarbeit leisten wollten.

„Hut ab!“ jagte kürzlich ein ausländischer Genosse, der um diese Angaben gebeten hatte. Jawohl: „Hut ab!“ Die Armee von Gewerkschaftsfunktionären, die hier heranwächst, trägt die beste Tra-dition der Arbeiterbewegung in sich: Opferwilligkeit, Bereitschaft, Kenntnisse und Wissen um die Probleme der Arbeiterbewegung. Sie verzichtet auf äußere Ehren, auf erhöhtes Einkommen, auf Anstellung und Belohnung. Sie will nichts anderes als kämpfen sein!

Kindertagödien. Das Kind im Ofen.

Eine unvorsichtige Mutter wird sich in der nächsten Woche vor dem Schwurgericht I unter Vorbehalt von Landgerichtsdirektor Dr. Marschner zu verantworten haben. Die Angeklagte Frau Erna B. hatte aus ihrer Ehe schon ein Kind und wünschte keinen weiteren Familiennachwuchs. Gegen ihren Willen sah sie aber Mutterfreuden entgegen. Ihre Abwehrmaßnahmen mit Hilfe einer „meinen Frau“ führten nicht zu dem gewünschten Ergebnis. Mitte Mai kam ein Kind frühzeitig zur Welt. Frau B. erhob sich von ihrem Wochenbett und steckte das Neugeborene in den mit Asche ge-füllten Ofen, dessen Türen sie darn fest zuschraubte. Nachher fühlte sie sich aber so elend, daß sie durch ihre Sturmhochbarin einen Arzt holen ließ. Während der Arzt bei der Untersuchung der Kranken war, ertönte aus dem Ofen plötzlich ein dumpfes, aber deutlich vernehmbareres Kindergeschrei. Erschrockt fragte die Sturmhochbarin: „Ist das etwa das Kind, das so schreit?“ Die Rabenmutter machte eine Handbewegung und sagte: „Im Ofen.“ Das Kind wurde lebend herausgeholt und von dem Arzt ins Krankenhaus gebracht. Dort ist es aber nach drei Wochen ver-storben. Der Nachweis, daß der Tod des Kindes durch die Behan-dlung nach der Geburt verursacht worden ist, hat sich nicht erbringen lassen. Die auf Antrag der Rechtsanwältin Dr. Mendel geladene Sachverständigen haben in der Voruntersuchung begutachtet, daß es sich um ein wenig lebensfähiges Kind handelte. Deshalb ist Frau B. nicht wegen Tötung, sondern wegen Versuchs angeklagt.

Ihr Kind enthauptet!

Martneufkirchen, 3. Februar.

Die anscheinend geistesranke Frau eines hiesigen Kauf-mannes hat in der vergangenen Nacht ihrem vier Wochen alten Kneben den Kopf abgehakt. Sie vollführte die Tat auf einem Hofkloß im Keller, wo man heute früh den Kopf des Kindes fand. Die Frau wurde in Schutzhaft genommen.

Menschen, Göttern gleich...

Roman von Herbert George Wells.

Die Flugzeuge landeten glatt auf einem rasigen Auslauf. In nächster Nähe war ein reizender Pavillon, der von den Gestirnen des Sees ins Wasser hinausragte und einer kleinen buntenfarbigen Flotte Gelegenheit zum Festmachen bot.

Es war Vater Amerion, der Mr. Barnstaple auf das Fehlen von Ortschaften aufmerksam gemacht hatte. Er bemerkte jetzt, daß keine Kirche zu sehen sei, und daß sie nir-gends Kirchtürme oder Glockentürme wahrgenommen hätten. Aber Mr. Barnstaple hielt einige kleinere Gebäude für Tempel oder heilige Stätten. „Die Religion dürfte hier andere Formen angenommen haben“, sagte er.

„Und wie wenig Säuglinge oder kleine Kinder zu sehen sind“, bemerkte Vater Amerion. „Ich habe nirgends eine Mutter mit ihrem Kind entdeckt.“

„Auf der andern Seite des Gebirges war ein Platz, der ausah wie der Spielplatz einer großen Schule. Dort gab es Kinder, und ein oder zwei ältere in Weiß gekleidete Leute.“

„Ich sah ihn, aber ich dachte an Säuglinge. Vergleichen Sie das mit dem, was man in Italien sehen würde.“

„Die schönsten und begehrtesten jungen Frauen“, ergänzte der geistliche Herr, „höchst begehrtesten — und kein Zeichen von Mutterschaft!“

Ihr Flieger, ein sonnenverbrannter Blonder mit sehr blauen Augen, half ihnen aus seiner Maschine, und auf der Erde stehend beobachteten sie nun den Abstieg der anderen Mitglieder ihrer Gesellschaft. Mr. Barnstaple war erstaunt, wie ungeheuer schnell er sich an die Färbung und Harmonie dieser neuen Welt gewöhnt hatte; die merkwürdigsten Er-scheinungen in dem ganzen Schauspiel waren für ihn nun die Gestalten und die Kleidung seiner Genossen. Mr. Rupert Catskill mit seinem berühmten grauen Zylinder, Mr. Ruff mit seinem abgeschmackten Monokel, die seltsame hagere Länge von Mr. Burleigh und die vierströtigen Umrisse seines in Leder gekleideten Chauffeurs erschienen Barnstaple viel un-glaubwürdiger als die anmutigen Formen Utopiens rings um ihn.

Das Interesse und die belustigte Miene des Fliegers ver-stärkten in Mr. Barnstaple den Eindruck von dem seltsamen Aussehen seiner Gefährten.

„Ich meine, dies ist wahre Wirklichkeit“, sagte er zu Vater Amerion.

„Wahre Wirklichkeit! Was sollte es denn sonst sein?“

„Ich meine, das alles ist kein Traum.“

„Ist es wahrscheinlich, daß Ihre Träume und die mei-nigen übereinstimmen?“

„Ja, aber es gibt da ganz ungewöhnliche Sachen — ab-solut unnötige Sachen!“

„Zum Beispiel?“

„Nun, wie kommt es, daß diese Leute Englisch mit uns sprechen — modernes Englisch?“

„Daran habe ich noch gar nicht gedacht. Das ist ja fast un-glaublich. Sie sprachen doch nicht Englisch untereinander.“

Mr. Barnstaple starrte Vater Amerion mit großen er-staunten Augen an, betroffen durch eine noch viel un-glaublichere Tatsache, die ihm eben jetzt erst zu Bewußtsein kam.

„Sie sprechen in überhaupt keiner Sprache miteinander“, sagte er. „Und wir haben das bis zu diesem Augenblick nur nicht bemerkt!“

Der Schatten Einsteins fällt auf die Geschichte, streift sie aber nur.

Mit Ausnahme der einen überraschenden Tatsache, daß alle Utopen die englische Sprache offenbar vollständig be-herrschten, fand Mr. Barnstaple, daß sich seine Vision von dieser neuen Welt mit einer Folgerichtigkeit entwickelte, wie sie seiner bisherigen Erfahrung nach kein Traum je befehlen hatte. Alles war so zusammenhängend, so geordnet, daß er immer weniger den Eindruck einer gänzlich fremdartigen Welt hatte, sondern vielmehr ein Gefühl wie bei der Ankunft in einem fremden, aber hoch zivilisierten Land.

Unter Leitung der braunäugigen Frau in dem schat-lach-geränderten Gewande wurden die Erdlinge in der denkbar gastlichsten und bequemsten Weise in Quartieren nahe dem Versammlungsort untergebracht. Fünf oder sechs Jünglinge und Mädchen unterzogen sich der Aufgabe, die Fremdlinge in die kleinen Einzelheiten des utopischen Hauswesens ein-zuführen. Die Gebäude, in denen sie einquartiert waren, be-standen jedes ein angenehmes kleines Ankleidezimmer und das Bett, das Bezüge von feinstem Leinen und eine sehr leichte, mollige Bettdecke hatte, stand in einer offenen Loggia — „zu offen“, dachte Lady Stella, wenn sie auch sagte: „Man fühlt sich hier so sicher.“ Das Gepäck erlitten; jeder identifizier-

feinen Koffer, als ob man auf irgendeinem gastlichen Herren-sitz auf Erden wäre.

Aber Lady Stella mußte zwei fast allzu freundliche Jüng-linge erst aus ihrem Gemach hinausweisen, bevor sie ihren Kleiderkoffer öffnen und ihr Neues aufhängen konnte.

Einige Minuten später wurde durch den Ausbruch eines wilden Gelächers und den Lärm eines freundschaftlichen, aber hysterischen Strettes, der aus Lady Stellas Zimmer erschall, einige Aufregung verursacht. Das Mädchen, das bei ihr zurückgeblieben war, hatte ein ganz weibliches Interesse für ihre Ausstattung gezeigt und war auf ein besonders reizendes und durchsichtiges Schlafgewand gestoßen. Aus irgendeiner unerklärlichen Ursache amüsierte sich die junge Utopin herzlich über diese distrete Köstlichkeit, und es fiel Stella schwer, sie davon abzubringen, das Gewand anzulegen und hinauszutanzan, um sich öffentlich damit zu zeigen. „Dann müssen Sie es anziehen“, drängte das Mädchen.

„Aber Sie verstehen das nicht“, schrieb Lady Stella, „das ist etwas fast — Heiliges! Das hat niemand zu sehen — niemals!“

„Aber warum nicht?“ fragte die Utopin über alle Maßen erstaunt.

Lady Stella fand eine Antwort darauf unmöglich. Das leichte Mahl, das nun folgte, war für irdische Be-griffe vollständig zufriedenstellend. Die Befragnis Freddy Ruffs hatte sich ganz und gar gelegt: es gab kaltes Huhn, Schinken und eine sehr leckere Fleischpastete. Es gab auch ziemlich grobkörniges, aber äußerst schmackhaftes Brot, reine Butter, einen ausgezeichneten Salat, Obst, Käse à la Gruyère und einen leichten Wein, dem Mr. Burleigh die Anerkennung sollte: „Ein Mafel könnte nicht besser sein.“

„Findet Ihr unsere Nahrung der euren ähnlich?“ fragte die Frau mit dem ratgeränderten Gewand.

„Erquisit!“ sagte Mr. Ruff mit ziemlich vollem Mund. „Die Ernährungsweise hat sich in den letzten dreitausend Jahren sehr wenig geändert. Welche Nahrungsmittel die besten sind, hatte man schon lange vor dem letzten Zeitalter der Verworfenheit herausgefunden.“

„Es ist zu echt, um wahr zu sein“, wiederholte fort-während Mr. Barnstaple zu sich selbst, „es ist zu echt, um wahr zu sein.“

Er blickte seine Begleiter gehoben interessiert und mit Genuß essend, an.

(Fortsetzung folgt.)

Der Friedrichshagener Raubüberfall!

Die Täter verhaftet.

Vor einigen Tagen wurde auf der Chaussee zwischen Friedrichshagen und Dohlewitz der Kutscher einer Friedrichshagener Brauerei, der sich nach vollendeter Tagestour auf der Heimfahrt befand, von zwei jüngeren Burken mit vorgehaltenem Revolver zum Halten veranlaßt. Sie erzwangen die Herausgabe der Tageslohnung in Höhe von etwa 600 M. Da sich auf dieser Chaussee in der letzten Zeit wiederholt Heberfälle ähnlicher Art ereignet hatten, wurden unter Leitung des Kriminalkommissars Bernburg vom Raubdezernat eingehende Ermittlungen vorgenommen. Auf Grund der Personalbeschreibung, die der Ueberfallene der Polizei gab, gelang es gestern Abend, die beiden Täter in den Brüdern Wald und Ernst Reinte aus Friedrichshagen zu ermitteln. Nach anfänglichem Weigern gaben die Verhafteten den Ueberfall zu. Von weiteren Verbrechen wollen sie nichts wissen. Es besteht aber die Wahrscheinlichkeit, daß auf das Konto dieser beiden auch die anderen Heberfälle zu schreiben sind.

Literatenstreit vor Gericht.

Alfred Kerr und Karl Kraus.

Seit langen Jahren führen zwei Schriftsteller, die nicht zum wenigsten als Satiriker bekannt geworden sind, einen bitterbösen Federkampf miteinander. Alfred Kerr in Berlin und Karl Kraus in Wien, wo er seit 30 Jahren die „Fackel“ herausgibt. Im Laufe dieser recht massiven Anpöhlungen hat Kerr eines Tages öffentlich den Kraus einen „kleinen miesen Verleumdung mit einem moralischen Mißton“ genannt. Darauf ließ Kraus neben einer Privatklage auch ziemlich gleichwertige Sachleistungen folgen, so daß eine Widerklage eingebracht werden konnte — seltene Art, Literatenstreit vor Gericht zu tragen! Demu sollte sich nun gestern der Einzelrichter des Amtsgerichts Charlottenburg beschäftigen. Schriftsätze zwischen 30 und 100 Seiten Maschinenchrift waren inzwischen eingegangen, der letzte davon am Abend vor der Verhandlung. Man kann es verstehen, daß mit dem Richter auch die beiden Parteivertreter — Wolfgang Heine für Kerr und Justizrat Frankel für Kraus — wenig Lust hatten, in einer Krakeel hineinzusteigen, dessen Auswirkung bis in die Zeit vor rund 25 Jahren zurückgeführt haben würde. So kam es denn schnell zu der Einigung, daß beide Klagen zurückgezogen werden und jede Partei ihre Kosten trägt; allerdings mußte Frankel seinem nicht erschienenen Auftraggeber die Zustimmung zu dieser Ermächtigung vorbehalten, und dafür ist eine Frist von drei Wochen vereinbart worden. Sollte der Fackel-Kraus die Ausziehung des Prozesses wünschen, so werden im Amtsgericht Charlottenburg noch allerhand Späne fliegen!

Das Urteil gegen Scharfe und Schlabbach.

Die beiden Jugendlichen Scharfe und Schlabbach, die vor kurzem vom Schwurgericht wegen ihrer Revolverheberei zu erheblichen Zuchthaus- bzw. Gefängnisstrafen verurteilt wurden, hatten sich gestern gemeinsam mit ihren Komplizen Rauer und Jung wegen anderer Straftaten — Diebstahl u. d. Raubüberfälle — zu verantworten. Scharfe erhielt wegen Diebstahls im Rückfalle eine Zuchthausstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus, so daß er nunmehr insgesamt 13 1/2 Jahre Zuchthaus zu verbüßen hat. Der Angeklagte Schlabbach wurde wegen Raubes in zwei Fällen, Diebstahls in drei Fällen und schwerer Urkundenfälschung sowie unerlaubten Waffenbesitzes zu einer Gesamtsstrafe von 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Nur schweren Herzens hat das Schöffengericht dem jugendlichen Verbrecher von 19 Jahren mildernde Umstände zugebilligt, um ihn nicht ebenfalls ins Zuchthaus zu schicken. Die Mitangeklagten Gerhard Rauer und Arthur Jung erhielten 1 Jahr neun Monate bzw. 9 Monate Gefängnis.

Für das Recht der Geschädigten!

Im Rahmen einer am Mittwochabend im Schubert-Saal veranstalteten Mitgliederversammlung des „Schubert-Bundes geschädigter Auslandsdeutscher, Kolonialdeutscher und Verdrängter“ wurde über den Empfang der „Kriegsverbandsvertreter“ beim Reichstagsentschädigungsausschuß sowie über den Stand und die Ausflüchten der Entschädigungsfrage Bericht erstattet. Als Referent berichtete Herr Trapp von der Tätigkeit der Kommission, die für den Kriegsverband beim 22er Ausschuß die Verhandlungen geführt hatte. Die Ungeheuerlichkeit der bisherigen Regelung der Entschädigung konnte vor dem Ausschuß an dem Fall eines Farmers illustriert werden, der die Mitteilung erhalten hatte, daß die englische Regierung den Verkaufspreis der Farm in Höhe von 800 000 Goldmark der deutschen Regierung überweisen hätte. Die deutsche Regierung hatte ihm nur 88 000 M. in Papieren ausgezahlt. Aus den weiteren Verhandlungen mit dem Ausschuß wurde der Eindruck gewonnen, daß die Entschädigungsfrage bei den Regierungsparteien Vermirrung gestiftet hat und daß der vorliegende Entwurf über die Entschädigung keineswegs zum Schlußschleife erhoben wird. Sodann gab der Redner den Inhalt von Gutachten bekannt, die internationale Rechtsgesetze über die Entschädigungsfrage erstattet haben. In ihnen kommt einmütig zum Ausdruck, daß die Bestimmungen des Friedensvertrags von Versailles von keiner „Entschädigung“, sondern von einer „vollen Schadloshaltung“ sprechen und diese Fassung in der Deutschen Uebersetzung des Vertrags unrichtig ist. Des weiteren sieht § 297i des Vertrags die deutsche Regierung in die Lage, die Ausgaben für die Entschädigung gegenüber der Entente zu rechtfertigen. Der Referent forderte von der Regierung den sofortigen Beginn der Auszahlungen an Geschädigte, die sich in besonders bedrückten Verhältnissen befinden, und daß die Differenzen zwischen einer schon erfolgten Auszahlung und dem festgestellten Schadengrundbetrag Obergrenze eines späteren Schlußvergleiches werden sollen. Die Vorschläge soll auch in dem Fällen erfolgen, in denen der Zahlungsbetrag 20 000 M. nicht übersteigt, wenn auch der Grundbetrag über 20 000 M. liegt. Zum Schluß wies der Vortragende auf die ungerechte Regelung, der die Geschädigten vom ebemaligen Maß-Beitragungen und die Verdrängten aus den Reichskassen unterworfen werden. — Die Ausführungen der sich anschließenden Diskussionen erregten dieses Referat, dem die Verankerung oft demotivationalen Beifall besaß.

Mit dem Liquidations- und Bewaltigungsgesetz beschäftigte sich auch die am Freitag Abend im Bürgeraal des Rathauses veranstaltete Mitgliederversammlung der „Interessengruppe Selbsthilfe“ der geschädigten Auslands-, Kolonial- und Grenzlanddeutschen, die in enger Verbindung mit dem „Kriegsverband der geschädigten Auslandsdeutschen und Verdrängten“ arbeitet. Der Vorsitzende, Herr Fischer, erstattete Bericht über den Empfang beim Reichsentschädigungsausschuß; die Mitteilungen des Referenten bedien sich im wesentlichen mit denen des Herrn Trapp. Die dieser darüber in der Versammlung im Schubertsaal gemacht hatte. Bei den Verhandlungen mit dem 22er Ausschuß war Herr Fischer im besonderen für die speziellen Interessen der Kleingeschädigten eingetreten; vor allem hatte er die Annullierung der Bestimmungen über die Fristen,

Jacoby I und Zwan Kutischer.

Die Vergangenheit des Schwerbeschuldigten.

Die Angelegenheit Bergmann scheint sich immer mehr zu einer Angelegenheit Jacoby auszuweiten zu sollen. Die Untersuchungsbehörde hat nämlich inzwischen Nachprüfungen der amtlichen Tätigkeit Jacobys vorgenommen, die für Jacoby außerordentlich peinlich sind. Es handelt sich um den Fall Kutischer, mit dem auf dem Instanzenweg Staatsanwaltschaftsrat Jacoby als einer der ersten in Berührung kam. Der bekannte Michael Holzmann, der beschuldigt war, den damaligen Generaldirektor der Stein-Bank, Zwan Kutischer, betrogen und eine Erpressung an Kutischer verübt zu haben, hatte seinerzeit eben diesen Kutischer in einer Anzeige schwer beschuldigt. Holzmann schilderte durch seinen Verteidiger Dr. Hübner in einer vielseitigen Denkschrift die ungläublichen Schleichbügen, die Kutischer verübt hatte, und beschrieb auch, wie die falschen Gutachten über den angeblichen riesigen Wert des bekannten Hanauer Lagers zustande gekommen seien.

Trotz aller genauen Anschuldigungen hat damals Staatsanwaltschaftsrat Jacoby keine Schritte gegen Kutischer in die Wege geleitet.

Nur ein einziges Mal hat er bei der Preussischen Staatsbank angefragt, ob an diesen Beschuldigten etwas daran sei und ob man Kutischer für einen Betrüger halte. Damals hat sich dieses Bankinstitut mit Entrüstung dahin geäußert, daß Kutischer ein ehrbarer Geschäftsmann sei. Die Anschuldigung blieb durch Jacoby unbeachtet, trotzdem Holzmann erwähnt hatte, Kutischer habe sich gerühmt, die Preussische Staatsbank selbst gehörig über Ohr gehauen zu haben. Sechs Monate Untersuchungshaft waren vergangen, als Holzmann bei einer neuen Vernehmung Staatsanwaltschaft Jacoby aufstachelte, warum er denn nicht gegen Kutischer vorgehen wolle. Holzmann drohte damals wörtlich: „Ich gebe Ihnen mein Wort, Herr Staatsanwalt, daß ich zum Beweise meiner Unschuld mich in der Hölle erhängen werde.“ Herr Jacoby hat darauf geantwortet: „Hoffentlich halten Sie Wort.“ Holzmanns Verteidiger beschwerte sich über Jacoby, der daraufhin eine Rüge erhielt. Vierzehn Tage später aber stellten sich die Angaben Holzmanns als wahr heraus, und Herrn Jacoby wurde die Untersuchung des Falles sofort entzogen. Weitere Schritte gegen Jacoby wurden nicht unternommen, da man annahm, daß er in gutem Glauben gehandelt hätte. Für

die Kritiklosigkeit des Staatsanwalts Jacoby

ist bezeichnend, daß die glänzende Kunstfertigkeit über Kutischer ausgerechnet ein Beamter der Staatsbank gab, der späterhin in dem gleichen Zusammenhang wegen Verfehlungen im Amt zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt wurde. Es muß freilich betont werden, daß es heute vor allem, da der Hauptzeuge Kutischer inzwischen verstorben ist, sehr schwer erscheint, diesen Dingen auf prozessualen Wege nachzugehen; hierfür bietet sich kaum eine Möglichkeit. Eine Untersuchung würde auch deshalb auf starke Schwierigkeiten stoßen, da die intimen Angelegenheiten und Vertrauten des toten Kutischer sich zum großen Teile im Ausland aufhalten. Die Anwälte Jacobys, Rechtsanwalt Dr. Bindor und Dr. Klee, haben gegen den Haftbefehl des Untersuchungsrichters eine ausführliche Beschwerde eingelegt, die sich vor allen Dingen darauf stützt, daß Jacoby lediglich in gutem Glauben gehandelt habe. Gewisse Beträge, die ihm zugeschrieben seien, führt Jacoby darauf zurück, daß sie eine Ent-

schädigung für Verluste aus seiner früheren Bankverbindungen mit Bergmann darstellten. Dem steht selbstverständlich die schwer belastende Aussage der Frau Bergmann gegenüber, daß Jacoby in der Lage sei, das Bergmannsche Unternehmen jederzeit in die Luft fliegen zu lassen.

Staatsanwalt Jacoby — krank!

Inzwischen haben die Anwälte Jacobys dem Gericht einen Antrag überreicht, der darlegt, daß Jacoby schon seit Jahren an einem schweren Gallen- und Leberleiden erkrankt ist und infolge der Aufregung der letzten Tage in der Haft von heftigen Gallenkoliken befallen wurde. Deshalb wird verurteilt, Professor Dr. Gevin mit der Untersuchung des Kranken zu beauftragen, vor allem aber ihn schleunigst in das Bazarrett des Untersuchungsgefängnisses aufzunehmen. Wir sind selbstverständlich die letzten, die einen neuen Fall Hölle schreien wollen. Trotzdem aber stellen wir fest, daß der Staatsanwaltschaftsrat noch vor wenigen Tagen, ohne daß man ihm sein schweres Leiden anmerkte, seinen Dienstpflichten nachkam. Selbstverständlich soll er genau untersucht werden, und wenn er krank ist, gehört er nicht in die Zelle, sondern ins Bazarrett. Wer man dort wohl als selbstverständlich voraussetzen, daß der Staatsanwaltschaftsrat nicht peinlicher und sorgfälliger behandelt wird als irgend ein Knecht, der wegen irgend eines Deliktes in Untersuchungshaft kommt. Wenn die Meldung einer Spätabendzeitung zutrifft, daß Jacoby für seine Tätigkeit bei dem Allgemeinen Lombard- und Lagerhaus 3000 M. monatlich erhielt, so könnte man vielleicht auf den Gedanken kommen, daß es ihm möglich gewesen wäre, seinen körperlichen Leiden vor seinem Zusammenbruch und vor dem Zusammenbruch der Firma Bergmann durch ärztlichen Beistand Abhilfe zu schaffen.

Die Angelegenheit Kutischer-Jacoby

wird weiterhin durch ein Disziplinerverfahren aufgeklärt worden, das augenblicklich gegen den Kriminalkommissar Dr. Grünberg schwebt. Es ist erwiesen, daß Dr. Grünberg sehr enge Beziehungen zu Kutischer unterhielt und das Verfahren gegen Holzmann und den Regierungsrat Bartels, der seinerzeit wegen postiver Bestechung angeklagt war, außerordentlich förderte. In diesem Disziplinerverfahren tauchte auch die Behauptung auf, daß Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jacoby sich außerhalb seiner Dienststunden mit Kutischer in Betrieben traf und von ihm freigehalten wurde. Gestern befahl sich die Untersuchungsbehörde hauptsächlich mit der Vernehmung des Prototypen Kraus. Dr. Jacoby wird erst Anfang der nächsten Woche vom Untersuchungsrichter in aller Ausführlichkeit vernommen werden. Vorläufig sind die Vernehmungen so weit gediehen, daß über die Geschäfte Bergmanns und die Art seiner Täuschungsmanöver fast vollständige Klarheit herrscht. Neue Verhaftungen scheinen zurzeit nicht bevorzuzustehen.

Der Berliner Polizeipräsident hat, wie wir gestern Abend mitteilen, in einer Erklärung festgestellt, daß der seinerzeit mit der Durchführung der Ermittlungen gegen den Direktor Knecht von der Treuhändergesellschaft betraute Beamte pflichtgemäß gehandelt habe. Hierzu äußert sich jetzt die Staatsanwaltschaft und betont auch ihrerseits, daß „der Vormur, Staatsanwaltschaftsrat Batté habe pflichtwidrig unterlassen, die Betrügerzellen des Paul Bergmann zu verfolgen, im Wege der Dienstausübung nachgeprüft sei und als unrichtig befunden wurde“.

Eine Klarstellung. Wir brachten in Nr. 55 vom 2. Februar eine Mitteilung, nach der die „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten“ am 8. Februar eine Reichskonferenz nach Berlin einberufen hat, ohne mitzuteilen, daß die „Arbeitsgemeinschaft“ lediglich die im Deutschen Beamtenbund organisierten Parteigenossen umfaßt. Die im Allgemeinen Deutschen Beamtenbund organisierten Parteigenossen sind an der „Arbeitsgemeinschaft“ nicht beteiligt.

Ausstellung Naturstudien und Schule. Im Ausstellungssaal des Schöneberger Rathauses (Rudolf-Wilde-Platz) findet in der Zeit vom 7. bis zum 28. Februar eine Ausstellung Naturstudien und Schule statt, die allen Großherzoglichen Schulen unentgeltlich zugänglich sein wird. Die Ausstellung, zu der die Staatliche Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen das Material gesammelt hat, soll zeigen, wie der Naturstudienkunde in der Schule gepflegt wird und welche vielseitige Anregung er dem Arbeitsunterricht zu bieten vermag.

Konjunktionsgesellschaft Parteimitglieder, die zur 4., 6., 12., 100. und 155. Abgabestelle der Konjunktionsgesellschaft gehören, werden ersucht, an dem am Sonntag Abend, 17. Uhr, im großen Vorraum, Müllerstraße 142, stattfindenden Genossenschaftlichen Familienabend sich zu beteiligen. Vorsitzender dreier Industriekomitee der Konjunktionsvereine, Mitwirkende: Lamburgh-Orchester, 262. weltliche Gemeindefürsorge, Empfang des Genossen Gütter, Lomboda und Lang. Eintritt, einschließlich Steuer und Lang, 50 Pf.

Kabarett der Komiker. Rings um den bawarischen Humorphilosophen Karl Valentin gruppiert sich eine Reihe Kollegen gleicher Fakultät, die bemüht sind, im Wdow ihres Landes der lachseligen Hörschule Humor zu vermitteln. Das Sittetrio Wien-Berlin-München hat ein paar äußerst würdige Repräsentanten ausgesandt. Wiener Humor treibt sich Fröh Wieselthal. Er nennt sich „Professor“ (vielleicht hat Deisterreich dieser fröhlichen Wissenschaft bereits einen Lehrstuhl errichtet). Ein rundlicher, äußerst bewußter und fröhlicher Herr, der in einem frischsprudelnden Quell heitersten Diskussionsflusses und Witzes der beiden Stammesbrüder gegeneinander auspielt. Was ihm so zwische durch an schlagfertigen Redensarten einfließt, das fließt er geschickt dazwischen und es entsteht eine recht familiär-heitere Zweisprache zwischen Barfett und Wäme. Was dem lieben, aber schlampertigen Wiener (so sagt Wieselthal) an Tempo und straffen Rhythmus fehlt, das verkörpert Berlin durch Witz Rosen, der in seinen prächtigen Klaviervorträgen den genialen leisen Schmiss in Ton und Wort demonstriert wie kein zweiter. Und dann eben München eben einigler Karl Valentin, vielbesprochen und doch immer noch nicht genügend bewundert in seiner ewigkeitsumwitterten Darlegung zum Thema: „Das größte Viech in halt doch der Mensch!“

Schwere Schneestürme über Ardennen und Eifel. Ueber den Ardennen und im Eifelgebiet mühen heftige Schneestürme, die durch ihr plötzliches Auftreten große Verkehrsstörungen hervorruften.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, vom 11. Uhr, Vordrall 1A, Vortrag des Herrn Dr. Köhler, Habelburg: Weltanschauung, Beseelung und Herbeiführung. Gasmomium: Angel-Zergel (Wendelstein). Gdte mitkommen.

Erwerb der Freireligiösen und Tenebrerhaltung G. F. Charlottenburg. Der Vorstand unterrichtet am Donnerstag, den 12. Februar, 1923, 8 Uhr, im 21. Gemeindefürsorge, Spreerstr. 28. Auch bei uns noch nicht gemeldete Kinder können daran teilnehmen.

Wetterbericht der Ostfälischen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Nachdr. verb.). Wolkig bis heiter, keine wesentlichen Niederschläge, am Tage Temperaturen etwas über dem Gefrierpunkt, nachts erhebliche Kälte. — Für Deutschland: Im Ost- und Südbereich noch wolkig, aber ohne wesentliche Niederschläge, im West- und Norddeutschland mäßig bis heftiger beständiger Wetter. Langsam sinkende Temperaturen.

läumisse und eine besondere Regelung der Entschädigungen verlangt, die für einen Schaden in Höhe bis zu 2000 Mark in Betracht kommen. Der Bericht wurde durch Mitteilungen des Herrn Dorendorf vom Zentralverband der Kolonialdeutschen, der ebenfalls an der Aussprache mit dem Ausschuß teilgenommen hatte, ergänzt. Nach weiteren Ausführungen verschiedener Diskussionsredner beschäftigte sich die Versammlung mit der Wahl ihrer Kassenscheiter.

Folgenschwerer Autobrand.

Drei Personen durch Brandwunden verletzt.

Ein eigenartiges Verkehrsunfall, bei dem drei Personen erhebliche Brandwunden davontrugen, ereignete sich gestern nachmittag gegen 16 Uhr vor dem Grundstück Snelenaustraße 103.

Der Besitzer einer vorüberfahrenden Kleinfrostdrochle geriet plötzlich explosionsartig in Brand. Im selben Augenblick schossen auch meterlange Stichtammen aus der Motorhaube nach allen Seiten hervor. Während der Chauffeur sich durch Abspringen rechtzeitig und unversehrt in Sicherheit bringen konnte, wurden zwei Straßenpassanten und ein Radfahrer, die gerade die Unfallstelle passierten, von den Stichtammen erfaßt und erheblich verletzt. Die Verunglückten, die 48jährige Johanna Bachmann aus der Haleschen Straße 19, der 24 Jahre alte Chauffeur Paul Kachur aus der Nordstraße 11, der sich mit seinem Rade auf dem Heimweg befand, und der 42jährige Arbeiter Max Becker aus der Rostigstraße 9 wurden durch einen Gerätewagen der Feuerwehr in das Urbanfrontenhaus gebracht. Da sich die Verletzungen als nicht lebensgefährlich herausstellten, konnten die drei Personen nach Anlegung von Ratverbänden in ihre Wohnung gebracht werden. Die Kleinfrostdrochle brannte trotz kräftigen Wassereinsatzes durch die Feuerwehr gänzlich nieder.

Funkwinkel.

Sehr interessant war wieder der Vortrag von Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Böhldt aus seinem Julius „Kunstwerke haben Schicksale“. Er schilderte, wie die Venus von Milo den Weg in den Pariser Louvre fand. Unter großen Schwierigkeiten, aber für einen Spottpreis, wurde sie für Frankreich erworben. Auch England und — Bayern, dessen damaliger Kronprinz in der Nähe der Fundstätte Terrain besah, versuchten, nachdem der Wert der Statue erkannt war, sie in ihren Besitz zu bringen. Von dem berühmten und berühmten „Egin-Barbier“, die der spanische Lord Egin ziemlich stupides von einem Heer von Arbeitern, teils aus den Ruinen der Akropolis herausbrachten, ließ, um sie nach England zu verschaffen, berichtete der Vortragende ebenfalls. Lange Zeit erkannte übrigens England gar nicht, welche Kunstwerks es in diesen Bildwerken besah, sondern hielt sie für minderwertige Handwerkerarbeiten aus der römischen Epoche. — Die Ausführungen Erna Reints von der Zentrale der Hausfrauenvereine Groß-Berlin unter dem Titel „Hausfrau, hilf dir selbst!“ waren gewiß für viele Hausfrauen wichtig gewesen, wenn die Vortragende ihre Ratsschläge und Rezepte langsam durchsagen hätte. Einzig in der Möglichkeit, das eine oder das andere davon zu notieren, um die Anweisungen praktisch zu verwenden, hätte der Wert des Vortrages gelegen. — Gern hätte man am Nachmittag Anton Wildgans, der aus seinen gedruckten und ungedruckten Dichtungen las. Ueber die Uraufführung der Oper „Die schöne Bau“, die am Abend gefeiert wurde, wird im Feuilleton berichtet werden. Tea.

Der lebende Leichnam.

Von Icha Icha.
(Schluß.)

Inzwischen wurde oben in Sachsenhausen an der Nr. 133 der Name Philipp Born angeschrieben.
„So ein Birrmarr,“ bemerzte ich. „Werden denn die Kleider nicht gleich registriert?“
„Was weiß ich. Die Polizei stellt jedenfalls fest, daß es die gleichen Sachen waren, die die Frau angegeben hatte, eine Lohnhilfe war auch noch im Hofensack, da war für sie die Sache erledigt. Vielleicht wäre der lebendige Philipp auch beerdigt worden, wenn nicht inzwischen im Postleipräsidentium der lebende Leichnam förmlich nekroliert worden und vernommen worden wäre.“
„Na, Sie — Bürger — da haben Sie sich was Schönes eingebrockt.“
Der dachte natürlich, er wäre wegen seiner Kleidermetamorphose verhaftet worden, er wimmerte nur kleinlaut, es wäre doch gar nicht so gemeint gewesen.
„So — nicht so gemeint — 23 000 Mark haben Sie durch die Birnen gebracht. Wo ist das Geld? — Nicht so gemeint, Quatsch.“
„Wie? 23 000 Mark...?“
„Na, es ist wohl viel mehr, was?“



„Ich — 23 000 Mark? Was denn, wie denn? Ich bin der Arbeiter Philipp Born, ich — woher soll denn ich 23 000 Mark bekommen?“
„Entweder Sie sind noch beoffen, oder Sie wollen mich beoffen machen. Sagen Sie noch einmal, daß Sie der Philipp Born sind, und ich weiß nicht, was ich tue.“
„Aber ja — aber ja. Ich wohne Graubengasse 33.“
„Werden wir gleich haben.“ Er ging ans Telefon. „Bitte drückes Postleipräsident. Präsidium — hier ist ein Urtröstant, der stehbriestlich verhält sich. Alles stimmt auf die Aken Konrad Bürger, der behauptet frisch, ironisch, frei, er heiße Born und wohne Graubengasse 33.“
„Was? Wie? Ach nee — ah — interessant. Heute? Wie — nochmal: So! Ach! Gut!“
„Na — Sie Schlauberger — da sind Sie mal schön reingefallen, der Philipp Born hat sich gefiern aufgehängt, und Sie wollen nun, weil Sie das wohl erfahren haben, hier in den seine Haut kriechen? Nee — Herr Bürger, uns können Sie nicht...“
In diesem Augenblick ist der Scheel Philipp tatsächlich vom Stuhl gefallen. Dabei war er sonst von guten Nerven.
„Gell — das hat Sie necods gemacht? Ja — das Telefon, Berehrter — früher wäre das steifschicht gegangen, heute nicht.“
Der Deliquent schnappte buchstäblich nach Sauerstoff. Er mußte nicht, wo ihm der Kopf stand. Ganz allmählich dämmerte es ihm erst, wie das zusammenhängen könnte.
„Ich will ein Geständnis ablegen,“ stammelte er.
„Na — vernünftige, Bürger. Hier trinken Sie mal auf den Scheel einen, das wird Ihnen die Junge lösen. Nicht so einfach ist das Sterben — hier.“
Und der Scheel Philipp — alias Bürger — trank noch einen, dann kam er zu sich und erzählte die Geschichte von seinem Kleidertrick.
„Na wissen Sie,“ schrieb ihn der Beamte an, „meinen Sie, deshalb habe ich Ihnen meinen Kognak zu kaufen gegeben, daß Sie jetzt so einen Schmus verzapfen?“
Da klingelte das Telefon: „Wie? Ach wo? So? Na das ist ja zum Piepen. Schicken Sie die Radame her.“ Zum Philippische gemeldet.
„In wenigen Minuten wird sich alles auflären. Die Frau des Erhängten kommt hierher.“
„Doch nicht meine Ake?“ kommerte der.
„Die aus der Graubengasse kommt.“
„Um Gottes willen — bringen Sie mich in Sicherheit.“
„Hier sind Sie sicher — gell, das freut Sie nicht? Nicht kommt das auch nicht rosig klingen.“ Es gab eine schwüle Pause.
„Geben Sie noch einen Schnaps,“ logte Philipp etwas später.
„Nicht in die Hand, Sie sind mir zu getrunken. Schnaps gibt's bloß für Gefändige.“
Draußen ertönte inzwischen eine robuste Stimme: „Wo ist er, der mich Bögen strafen will.“
Die Tür wurde aufgerissen. Krotzel-Marie stand erst da — wie ein Marmorbild, dann legte sie los:
„Du Was! Noch nicht mal da kann man die trauen? O Gott, das schöne Geld.“



„Na — nu man zart,“ logte der Beamte.
„Ist das Ihr richtiggehender Name?“
„Ema nicht? Was haste denn da für ein Konfirmanden-Schögen an? Na, loom mir nur heim...“

„Ihre Zärtlichkeiten machen Sie in der Graubengasse aus — Sie — werden noch wegen Diebstahl von Kleibern hören.“
„Es sollte doch nur ein Spaß sein.“
„Wird Ihnen teuer zu stehen kommen, aber na — jetzt habe ich genug von der Dissenkomödie. Also hat sich der Bürger aufgehängt.“
Er schmiß die Aken in ein Regal und schob die beiden — nachdem er noch die Personalien ausgenommen hatte — zur Tür hinaus.
„Da könnte man ein Lustspiel draus machen,“ meinte ich.
„Da — für den Philipp Born war es allerdings keins, er holte sich 14 Tage Gefängnis.“
Bei den Dachdeckern hat ihn keiner mehr genommen, er treibt sich seitdem am Main umher und füttert Fische. Sein Sterbegeld hat er zusammen mit seiner Marie in Alkohol umgelegt.“

Städte unter einer Gasglocke...

Kürzlich hat die Weltung aus Dänemark, daß ein Däne namens Arnold Christensen eine Gaskanone erfunden habe, die das Verbrechen schließlicher Flieger bedeute, großes Aufsehen erregt. Es wird darum von Interesse sein, was der Erfinder der Kanone zum ersten Male öffentlich über seine Erfindung sagt, und zwar gegenüber einem Korrespondenten von „Fokus Abende“.
Die Gaskanone soll wesentlich dazu dienen, Bombardements von Städten durch feindliche Flieger zu verhindern, und der Kern der Erfindung besteht darin, daß das Gas mit Hilfe der Kanone, die aber eigentlich gar keine Kanone ist, sondern ein zylindrischer dünnwandiger Metallbehälter, in die Luft geschickt wird, wie aus einer Wetterkanone. Auf Grund der Beschaffenheit des Gases wird jeder Flieger, der in einen solchen Wirbel kommt, verloren sein. Bei einem Fliegerangriff auf eine Stadt wird eine Reihe Gaswirbel in die Luft gejagt, und die Ausflüchte des Fliegers in einem solchen Wirbel werden minimal sein. Der Apparat ist billig in Betrieb.
Christensen hat bei seinen Versuchen, die auf einer kleinen dänischen Insel stattfanden, eine kleine Kanone gebraucht, die Gaswirbel nur ein paar hundert Meter in die Luft senden konnte. Aber schon dieser kleine Apparat erwies sich als ungemein wirksam, und

die militärischen dänischen Fachleute, die ihn in Funktion sahen, waren sehr überrascht über die Kraft des Geschüßes und seine Wirkungen. Der Apparat ist jetzt einer Militärkommission unterbreitet, die damit Versuche in Kopenhagen unternimmt. Zu Mitteilungen in der englischen Presse, daß er über einer Kanone läme, die Gasbomben gegen die Flugzeuge werfen sollte, erklärte Christensen, das sei ungereimt, weil man solche Kanonen ja schon im Weltkrieg gehabt habe. Aber auch seine Erfindung sei insofern nicht ganz neu, als man früher versucht habe, Luftwirbel hervorzubringen, um Sogelwolken damit zu zerstreuen. Derartige Versuche seien bereits 1907 in Steiermark gemacht worden.

Das Neue liegt darin, daß Gas verschossen werde. Vielleicht stehen sich die Versuche nicht auf größere Verhältnisse ausdehnen, doch das sollte die Militärkommission jetzt prüfen. Die künftige Luftkanone werde an die vier Meter im Durchmesser haben, und mit einem solchen Apparat und einer bläulichen Ladung werde man wahrscheinlich instande sein, einen Gaswirbel von 100 Meter Durchmesser so hoch in die Luft zu schießen, wie sich die Flugmaschine befindet. Auf die Frage, wie lange ein solcher Wirbel sich in der Luft werde halten können, erwiderte der Erfinder, er nehme an, eine halbe Stunde, doch nähere Berechnungen müßten noch erfolgen.

Ein Kopenhagener Blatt hatte eine Unterredung mit Kapitän Sonne aus dem dänischen Kriegsministerium über die Gaskanone. Der Offizier erklärte, daß das Gasprojektil, welches die Kanone in die Höhe schleubere, in Verbindung mit der Luft ein starkes Sprenggas bilde, welches die Zylinder in den Motoren der Flugmaschinen auseinanderprenge. Es sei also ganz gleichgültig, ob der Flieger selbst mit einer Gasmaske ausgestattet sei; nicht er sei es, der getroffen werde, sondern der Motor. Die Gasart sei übrigens von solcher Beschaffenheit, daß sie nicht herabsinken und der Stadt Schaden könne, welcher sie zur Verteidigung dienen sollte. Ihre Zusammensetzung könne variieren, so daß man sie schwebend in gewünschter Höhe halten könne, ein, zwei oder drei Kilometer hoch in der Luft.

Das läme also in der Praxis darauf hinaus, daß man im Kriege bei Angriffsgefahr aus der Luft die Städte gemissermaßen mit einer ungeheuren Gasglocke abschließen würde. — Ein unheimliches Bild mehr aus einem Krieg der Zukunft!

Drei Deutsche aus der Urwelt.

Von Willy Leh.

Von manchen der alten Drachen geht es wie eine alte Sage. Sie sollen nämlich wie der Zauberer im Märchen drei Augen gehabt haben. Das dritte mitten auf der Stirn. Und dabei sieht es noch ganz so aus, als ob dieses Ueberbleiben des jetzt bei den Wirbeltieren allgemein üblichen optischen Brauches noch nicht die Höhe dessen war, was da die Natur überhaupt leisten kann. Denn die Parietal- und Scheitelauge ist aus zwei ehemaligen Scheitelaugen zusammengeschnitten, so daß ganz ursprünglich vier Augen vorhanden waren. Wenn man sich das einmal recht plastisch vorstellt, dann erinnert die ganze Organisation ja schon bald an die Kreuzspinne, bei der sogar acht Augen um den Kopf herumstehen, was ihr den Fachnamen Epeira diademata, die „Künstlerin mit dem Diadem“, eingebracht hat. Es ist immer reizvoll, der Urwelt, die doch schließlich für uns nur noch aus versteinerten Knochen und Phantasie besteht, in der lebenden Umwelt nachzuspüren. So wurde es auch mit diesem Parietalauge gemacht, — mit dem ersten Erfolg, daß man einen winzigen Rest beim Menschen entdeckte, die Zirbel. Und weil man damals von „rudimentären (verkümmerten) Organen“ noch keine Ahnung hatte, wurde das Rezept angewendet: „Was keinen körperlichen Zweck haben kann, muß einem seelischen beistehen“ und die Zirbel darum philosophisch zum Seelenhirn erhoben, was sich bis in die Theosophie und sogar in ein wissenschaftlich sein solendes Buch eines ostpreussischen Röntgen-Professors, der früher einmal gute Arbeiten schrieb, hinübergerettet hat.

Ernstlich gesucht wurde dann die Zirbel, aber mit dem richtigen Bissen, daß sie ein altes Auge sei, bei den Eidechsen. Und bald erklang denn auch die Siegesnachricht, daß man sie bei dem letzten lebenden Urfaurier, der halbmeterlangen Bräunenechse von Reuseland, in merkwürdig guter Erhaltung aufgefunden habe. Bald danach gelang dasselbe bei den großen Reptilien der Galapagosinseln im Stillen Ozean und schließlich sogar bei europäischen Eidechsen. Groß war aber das allgemeine Erstaunen, als es dem russischen Forscher Kowloff glückte, ein Tier zu entdecken, bei dem das Parietalauge, wenn auch nur schwach und unsicher, noch funktioniert. Und dies Tier ist — unsere Blindfische, die bekanntermaßen ja keine Schlange, sondern eine schlaffe Eidechse ist.

Ich komme darauf, weil eine Blindfische, die ich hielt, heute jetzt verstarb. Dabei erfüllt mir etwas anderes ein. Vor längerer Zeit schickte mir ein Freund ein Manuscript, in dem er sich alle die Tierarten unseres Globus zusammengestellt hatte, die schon mehrere Erdperioden un verändert oder fast un verändert überdauert haben. Die Sammlung war wirklich recht vollständig, man würde durch alle Zonen geführt, wenn man sie las, — nur die eigene Heimat hatte er vollkommen vergessen! Wir haben in Deutschland nämlich noch drei andere Urmeltiere, die jedermann bekannt sind, gewisse Großsäuger, die die Tierwelt in Hunde, Pferde und Kanarienvogel einteilen, natürlich ausgenommen.

Es sind drei Säugtiere, und zwar diejenigen, die man in der zoologischen Systematik etwas paradox die untersten Oberfüßer nennt. Doch ist das ein Ausdruck, der erst erklärt werden muß. Nämlich bekannt ist, daß sich die Säugtiere aus den Reptilien entwickelt haben und zwar aus einer Wadgruppe, die noch stark an die Guroche erinnert. Von den ersten Säugern haben wir noch Ueberlebende, die sogar an lebendigen Beibe versteinerten, die australischen Schnabeltiere. Hinter diesen Schnabeltieren kamen die Beuteltiere und alle Säuger, die auch den Beutel nicht mehr besitzen, bezeichnet man als Oberfüßer. Der grundlegende Unterschied zwischen Beuteltieren und Oberfüßern ist die innere Anzeigehaltung des Mutterlupens oder der Plazenta, nicht die äußere des Beutels. Die Verknüpfung von noch vorhandenen Beutel und schon vorhandener Plazenta wird uns übrigens auch von einem noch lebenden Tier, dem sogenannten Beuteldachs, vorgeführt.

Von den „untersten Oberfüßern“, um den wirigen Ausdruck noch einmal zu gebrauchen, haben wir versteinert nur recht mäßige Reste, und die wir haben, sind teilweise insofern strittig, als man sich nicht

recht zu einigen vermag, ob sie von Beuteltieren oder Oberfüßern stammen, — ein Beweis, daß die Sache damals auch in der Natur strittig war, und höchstwahrscheinlich etwas unserem heutigen Beuteldachs Analoges vorliegt. Die nächsten versteinerten Säugerreste sind dann schon unbestrittene Oberfüßer, die einerseits den Oberfüßergrundtyp zwar noch einigermaßen innehalten, aber doch schon nach bestimmten Richtungen hin spezialisiert sind; teils zum Raubtier, teils zum Rogetier, teils zum Affen hindeuten. Man hat diesen Resten schreckliche Fachbezeichnungen gegeben, die „Urbrautaffen“ heißen: Pachylomuriden, die „Urraubtiere“ Cretodonten usw. Der echte Grundtyp fehlt jedoch noch, — dafür haben wir ihn lebend in den drei Deutschen aus der Urwelt, deren Existenz ich schon andeutete.

Nun müssen aber endlich auch ihre Namen genannt werden: Spigmanus, Maulwurf, Igel. Jeder hat sich inzwischen eine Sonderanpassung zugelegt, die sich auch auf den Körperbau natürlich auswirke, am meisten abgeändert dürfte, man errät es ja förmlich schon, der Maulwurf, am wenigsten der Igel sein. Auch das starke Stachelhaarkleid dieses heiteren Zeitgenossen deutet auf ein hohes geologisches Alter.

Die erwähnten Reste der Tiere mit den langen lateinischen Namen stammen aus einer Periode, die genau an der Grenze von der Kreidezeit zur Tertiärzeit lag, als die großen Saurier gerade anfangen, reiflos auszusterben. Da unser Igel älter ist als diese Tiere, so muß er schon in der Zeit der großen Drachen gelebt haben und zwar, wie auch bekannt ist, als Raubtier. Ein kleinerer Igel müde uns zwar etwas seltsam an, und unser deutlicher Stachelgrößenform es auch nicht mehr, aber es gibt noch lebende Igelverwandte, die einiges darin leisten.

Man könnte nun höchstens noch fragen, warum denn die Tiere jener Venedzeit, die man nach ihrem hauptsächlichsten Hundort (Cernays bei Reims) die „Tiere von Cernays“ nennt, heute nicht mehr leben. Die Antwort ist leicht. Sie leben auch noch, aber in anderer Gestalt, ihre Sippe war damals dem Fortschritt geweiht, die Pachylomuriden sind zu Affen, die Cretodonten zu Löwen, Tigern oder Bären geworden, die Condylarthren zu Hirschen oder Pferden, — Spigmanus, Maulwurf und Igel aber blieben starr auf ihrer Stufe stehen, — und so etwas ist nach langer Zeit immer interessant. Trotzdem werden sie, wie mein Beispiel lehrt, in Zusammenstellungen, die geographisch auf den Galapagosinseln weitlich Südamerika begreifen und in Australien enden, vergessen, denn sie leben ja in Deutschland.

Messungen von Affenkraft. Versuche an amerikanischen Urresten haben das interessante Resultat gezeigt, daß selbst Affen mittlerer Größe durchweg über eine Körperkraft verfügen, die der kräftiger Landarbeiter gleichkommt. Die Kraft der menschenähnlichen Vierhänder steigert sich aber nicht im Verhältnis zu ihrer Größe, sondern weit darüber hinaus. Die großen Menschenaffen, wie Gorilla und Schimpanse, verfügen über Muskelkräfte, die denen erwachsener Landarbeiter um das Dreifache bis Vierfache überlegen sind.

Bei den Versuchen wurde ein Dynamometer gezogen, von dem aus ein starker Strich in die Affenklappe geworfen wurde. Eine Affin mittlerer Größe war leidenschaftlich mit dem Spiel einverstanden und zog mit beiden Händen 1200 Pfund. Beim zweiten Male brachte sie es, ermittelt, jedoch nur noch auf 900 Pfund. Ungewöhnlich erscheint die Leistung eines Bomas von Menschengröße er zog mit der rechten Hand allein 847 Pfund, etwa dreimal soviel, als die stärksten Kihleuten unter den Menschen an Muskelkraft entwickeln können. Ein Affe von etwa 120 Meter Größe brachte es mit beiden Händen immer noch auf 378 Pfund, auf mehr also, als ein Durchschnittsmann unter günstigsten Umständen an Kraft aufbringen kann. Zum Vergleich sei noch mitgeteilt, daß junge, kräftige Landarbeiter, die außer ihrer Berufstätigkeit noch viel Sport getrieben hatten, mit einer Hand bis zu 210 Pfund ziehen konnten, mit beiden Händen bis zu 491 Pfund, also sicher Affen gehabt hätten, sich im Ringkampf mit einem Affen mittlerer Größe und Stärke zu behaupten!

Wie wird die Konjunktur?

Die Reichsbankentwicklung gibt ungünstige Antwort. — Verantwortung Schachts!

Die Nachfrage nach Geld bzw. Krediten ist immer ein sicherer Gradmesser der Wirtschaft und die Vorstellungen, die sich die Unternehmer von der kommenden Konjunktur machen. Bei der Reichsbank münden letztlich alle Anforderungen neuer Kredite, die jede Industrie braucht, wenn sie eine erhebliche Erweiterung ihrer Beschäftigung erwartet. Die letzten Bilanzausweise der Reichsbank zeigen aber sehr deutlich, daß der Geldbedarf der Industrie ganz außergewöhnlich gering geworden ist.

In der letzten Januarwoche

war die Geldabforderung bei der Reichsbank erstaunlich gering. Es wurden nur 294,8 Millionen neue Wechsel eingereicht. Der Wechselbestand stieg damit auf 2372,8 Millionen. Das ist, wie unsere Tabelle zeigt, gegenüber der gleichen Zeit früherer Monate ein außerordentlich niedriger Betrag. Darlehen für Wertpapiere erhöht sich um 67,8 auf 91,2 Millionen, eine Geldanforderung, die aber mit Wirtschaftskrediten kaum etwas zu tun hat. Nur die Gelder, die die Reichsbankkundschaft auf dem zinsfreien Girokonto hat, wurden um 210,2 auf 497,8 Millionen verringert.

Noten und Schulden:	Ende Dez. 1926		Jan. 27		Jan. 28	
	Jan.	Dez.	Jan.	Dez.	Jan.	Dez.
Banknotenumlauf	3735	3815	4182	4181	4364	4251
(Rentenbankcheine)	1164	1017	989	781	716	626
Giroeinlog. d. Wirtschaft	648	669	630	485	779	498
Kredite an die Wirtschaft:						
Lombardkredite	84	147	154	86	78	91
Beckelkredite	1829	2405	2992	2483	3129	2373
Kontendruck:						
durch Gold	1831	1803	1852	1857	1865	1865
durch Devisen	519	67	154	282	282	296
durch Gold u. Devisen	2350	1870	2006	2139	2147	2161
Deckungsverhältnis:	(in Prozenten)					
für Noten durch Gold	62,9	49,0	48,0	51,2	47,0	50,8

Diese Abziehung von Girogeldern erklärt in der Hauptsache, warum noch der verhältnismäßig hohe Betrag von 668,6 Millionen neuen Noten und 19,6 Millionen neuer Rentenbankcheine in den Verkehr gegeben worden sind. Die Goldbestände sind mit 1865,3 Millionen, die Devisenbestände mit 296 Millionen wieder recht hoch, so daß die Lage der Reichsbank als Währungsbank sehr günstig ist, was sich auch aus der Erhöhung der Notendeckung durch Gold von 43,0 auf 50,6 und durch Gold und Devisen von 50,8 auf 58,9 Proz. ergibt.

Für die Wirtschaftsentwicklung

ergeben sich leider weniger günstige Schlüsse als für die Reichsbank selbst. Das zeigt sich aus dem außerordentlich schnellen Rückgang der Geldnachfrage für den ganzen Monat Januar im Vergleich zu früheren Monaten. Wie unsere zweite Tabelle zeigt, hat in jeder der drei ersten Wochen des Monats Januar eine ganz bedeutend stärkere Entlastung der Reichsbank stattgefunden als in den entsprechenden Wochen der früheren Monate, und die Ansprachnahme der Reichsbank für Ende Januar war vergleichsweise die kleinste seit acht Monaten.

Kun ist sicher richtig, daß für den Monat Januar immer besondere Umstände zu berücksichtigen sind. Der Rückgang der Beschäftigung im Januar ist saisonmäßig. Es wird kaum gebaut, die Landwirtschaft braucht noch kein Geld, die Frühjahrsvorbereitungen beginnen in der Industrie erst einzulaufen. Auf der anderen Seite sind die Zahlungseingänge nach dem Herbst-

und Weihnachtsgeschäft groß, und die Zins- und Dividendenausschüttungen zum Jahresende wirken nach. So sehr man nun auch diese besonderen Umstände berücksichtigt, der geringe Geld- und Kapitalbedarf der Wirtschaft in diesem Januar kann dadurch nicht erklärt werden. Man muß vielmehr annehmen, daß in der Tat neue Aufträge, besonders für den Frühjahrs- und Sommerbedarf, sehr langsam hereinkommen, daß die Fabriken in der Lagerauffüllung ebenso zurückhaltend sind wie die Weiterverkäufer in der Einkleidung.

Monat	Zu- oder Abnahme (um Mill. M.)							
	1. Woche		2. Woche		3. Woche		4. Woche	
	Wochentag	Sonntags	Wochentag	Sonntags	Wochentag	Sonntags	Wochentag	Sonntags
1927 Juni	-83	-17	-221	-267	-99	-7	+477	+125
„ Juli	-177	-75	-81	+45	+52	-91	-224	+42
„ August	-155	-34	-163	+17	-101	-21	-569	+42
„ September	-163	-40	-208	+37	-55	-28	-510	+118
„ Oktober	-142	-90	-171	+31	+3	-63	-367	+14
„ November	-414	-14	-221	-10	-52	-15	-367	+59
„ Dezember	-91	-44	-122	-16	+146	-14	+712	+34
1928 Januar	-493	-55	-305	+10	-253	-10	+295	+68

¹⁾ Bilanzrückbildung auf 6 Proz. — ²⁾ Bilanzrückbildung auf 7 Proz.

Große Geldflüssigkeit, wie wir sie im ganzen Monat Januar zu verzeichnen haben, bedeutet immer eine schwache Konjunktur und da diese Geldflüssigkeit sehr groß geblieben ist, ist die Frage keineswegs unberechtigt, ob nicht

in der Produktion bereits eine Vertrauenskrise

in dem Sinne eingetreten ist, daß man der kommenden Konjunktur-entwicklung sehr misstraut. — Auf der anderen Seite ist der Kapitalmarkt ebenso schwach wie der Geldmarkt flüssig. Es besteht ein ungeheurer Bausehns, Baufirmen brechen bereits zusammen, die Städte können nicht bauen, die Reichsbahn muß den Kapitalmarkt nach verfrachten, um ihr Beschaffungsprogramm nur notwendig durchzuführen, und durch die hartnäckige Drosselungspolitik des Reichsbankpräsidenten gegenüber den Auslandsanleihen sieht auch die Industrie keine Hoffnung, daß von hier aus Anregungen zu stärkerer Beschäftigung kommen könnten.

Man wird daher die geradezu erstaunlich geringe Beanspruchung der Reichsbank für neue Kredite im Monat Januar nicht leicht nehmen dürfen. Sie muß als Warnungszeichen dafür angesehen werden, daß der Abbau der Arbeitslosigkeit, die Zunahme der Beschäftigung auf das Frühjahr hin sehr viel langsamer erfolgen können als man hofft und wünscht. Dazu kommt, daß die größte amerikanische Bundesbank in New York durch die Erhöhung des Diskontsatzes für Wechsel von 3% auf 4 Proz. das Geld in Amerika verteuert hat, was auch die Verteuerung ausländischer Gelder für Deutschland wahrscheinlich zur Folge haben wird.

Wenn es zu einer erheblichen Verlangsamung der Konjunktur kommen wird, so liegt das nicht an den deutschen Wirtschaftsmöglichkeiten selbst, die bis heute sehr günstig sind, auch nicht an der Industrie, die sehr viel verdient hat. Die Verantwortung trägt voll der Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der offenbar eine solche Konjunktur will, um eine Reparationspolitik zu treiben, zu der er nicht berufen ist und die Deutschland mehr ruinieren muß als die Reparationsverpflichtungen selbst. Regierungen und Parlamente müssen endlich die hier drohenden schweren Gefahren klar erkennen.

Hege gegen die Preußentasse.

Es sind keine Kredite gefündigt. — Eine Frage an Dr. Curtius.

Wir haben mehrfach die außerordentlich angespannte Finanzlage der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse geschildert, die sich aus der systematischen Vollstopfung besonders blühender Großgüter mit neuen Krediten ergab. Es wäre begreiflich, wenn die Preußentasse nach Möglichkeit wenigstens zum Teil für die Rückzahlung von Krediten Sorge tragen würde. Aber um hier nicht Gerechtes mit den Ungerechten zu lassen, ist gerade die preussische Regierung bemüht, die Preußentasse wieder zu trägigen und so die Gründe zu berechnigten Klagen der Landwirtschaft nicht noch zu vermehren.

Aber dem Reichslandbund kommt es auf die Wahrheit nicht an. Denn wie er gegen die preussische Regierung hegt, so auch gegen die Preußentasse, die er zu einem Instrument des Herrn Reichsministers Schiele machen möchte. Der Landbund hat in der „Deutschen Tageszeitung“ die landbündlerische Kreditgenossenschaft Ludau behaupten lassen, die Preußentasse habe einen Kredit von 100 000 M. zum 31. März gefündigt. Die Leitung der preussischen Zentralgenossenschaftsbank stellt jetzt fest, daß es sich hier um eine Tendenzmeldung handelt, in Wahrheit sind die Falligkeiten zur Hälfte bis Ende April, zur anderen Hälfte bis Ende des Jahres gestundet worden. Die Behauptung des Landbundes richtet sich also von selbst.

Es ist allerdings in hohem Maße bedauerlich, daß auch der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius durch die kürzlich gegenüber einer Delegation der süddeutschen Bauernverbände abgegebene Erklärung, die Preußentasse müsse zu einem „Reichsinstitut umgewandelt“ werden, der Tendenzmaxime des Reichslandbundes Vorschub leistet. Sicher hat der Reichswirtschaftsminister eine derartige Umgestaltung zum Reichsinstitut nicht im Auge gehabt; denn die Preußentasse arbeitet schon heute auch für die süddeutschen Genossenschaften im Reich. Es wird aber sehr nötig, daß der Reichswirtschaftsminister klar und deutlich erklärt, was er mit dieser Umkehrung gemeint hat.

Der Reichslandbund wird gut daran tun, seine Hoffnungen, die Preussische Zentralgenossenschaftskasse in der Zukunft noch stärker zu einem Instrument der großgrundigen Politik zu machen als bisher, aufzugeben. Aus der Preußentasse daselbe zu machen wie aus der Rentenbankkreditanstalt, die längst beseitigt sein müßte, dazu darf keine wirklich um das Schicksal der Landwirtschaft besorgte Regierungsstelle in Deutschland die Hand reichen.

Widersprüche.

Abfahrssteigerung durch höhere Preise?

Der höchste Absatz der Schuindustrie hat sich auch im Januar noch nicht verbessert, so daß die sehr hohe Zahl der Kurzarbeiter und Arbeitslosen, die im Dezember 1927 26,6 bzw. 9,8 Proz. der Gesamtbevölkerung betrug, sich nur unwesentlich verminderte. Auch die Frühjahrsvorbereitungen sind bis jetzt

nicht besonders günstig. Bei dieser schon zweifelsigen Lage hat die Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Schuhindustrie Beschlüsse gefaßt, die unsinnig sind. So wurde eine bodige und erhebliche Erhöhung der Schuhpreise beschlossen und zwar auch dann, wenn die jetzigen Haut- und Lederpreise stabil bleiben. Rückgängiger Absatz soll also durch höhere Preise geheilt werden. Kommentator überflüssig!

Die Eisenherren werden unverschämt.

Aber die Deffentlichkeit muß ihnen auf die Füße treten.

Am 26. Januar hat der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius die Anordnung getroffen, daß die Verbände der Schwerindustrie vorläufigen Preisveränderungen dem Reichswirtschaftsminister ihre Absichten anzumelden haben. Die ganze Deffentlichkeit ist sich darüber einig, daß der Reichswirtschaftsminister damit noch lange nicht das getan hat, was gegenüber der Eisenpreiserhöhung seine Pflicht gewesen wäre. Aber die Eisenherren antworten darauf mit einem Schreiben, das on Dreistigkeit seinesgleichen sucht.

Das Schreiben an den Reichswirtschaftsminister bezeichnet die Anordnung vom 26. Januar als einen unbegründeten Eingriff, als eine schwere Schädigung des Ansehens der Eisenverbände in der Deffentlichkeit, als einen Rückfall in die Zwangsverwaltung und als eine Schädigung der gesamten (1) deutschen Wirtschaft. Die Befürchtung, durch die Verbandsbildung in der Eisenindustrie bestehe kein freier Eisenmarkt mehr, entspreche nicht den Tatsachen.

Daß die Eisenindustrie dem Reichswirtschaftsminister einige Grobheiten an den Kopf wirft, ist schließlich nicht tragisch, aber die Behauptung, Deutschland habe einen freien Eisenmarkt, ist so zynisch, daß die Deffentlichkeit sich diese Behauptung zur Charakterisierung der in der Eisenindustrie regierenden Herren merken muß.

Für die Wirtschaftswissenschaft gilt es als unbestreitbare Tatsache, daß die deutsche Eisenindustrie mit minimalen Ausnahmen im deutschen Inland ein völlig unbestrittenes Monopol hat. Durch die Rohstoffgemeinschaft und den durch sie geschaffenen Gebietschutz ist das Monopol außer Frage gestellt. Weil das Monopol besteht, hat die Eisenindustrie den Eisenarbeitern Rückergütungen erwahren müssen. Vom freien Eisenmarkt zu sprechen, ist also eine handgreifliche Entstellung der Wirklichkeit.

Auf der anderen Seite hat die Regierung nicht einmal ihre Pflicht getan, sie hätte viel schärfer zugreifen müssen. Als die Rohstoffgemeinschaft gegründet wurde, als die Eisenzölle trotz der Rohstoffgemeinschaft erhalten blieben, hat man die Hilfe des Staates in Anspruch genommen. Wo sich ganz klar die gefährlichen Folgen des Eisenmonopols gezeigt haben, wo die ganze eisenerarbeitende Industrie ihr Geschäft verdrorben sieht wegen der monopolistischen Erhöhung der Eisenpreise und des Ausflusses der ausländischen Konkurrenz, wo die Regierung nur eine ganz bescheidene Beste macht, nationalwirtschaftliche Interessen zu schützen, da antworten die Eisenmonopolisten mit Unverschämtheiten. Wir hoffen, daß Dr. Curtius, obwohl er einer Rechtsregierung angehört, im Interesse der Volkswirtschaft, der er dienen muß, den Eisenherren antworten wird, wie sie es verdienen.

Bilanz der Staatsdomänen.

Was lehrt sie?

Das preussische Landwirtschaftsministerium hat kürzlich den Bericht über das finanzielle Ergebnis der in staatlicher Selbstbewirtschaftung stehenden Domänen für das Wirtschaftsjahr 1926/27 vorgelegt. Aus dem Bericht geht hervor, daß die staatlichen Domänen auch in dem genannten Wirtschaftsjahr fast durchweg einen Betriebsüberschuss erzielen konnten. Eine Ausnahme machen nur die Domänen Lentimmen, Raaißchen und Roscheiderhof.

Der Betriebsüberschuss beziffert sich bei der Domäne Aurgastchen auf 33,85 M. pro Hektar, bei der Domäne Babeln auf 10,40 M. pro Hektar, bei der Domäne Sperling auf 10,46 M. pro Hektar, bei der Domäne Dahlem auf 48 M. pro Hektar, bei der Domäne Wendemar auf 39,50 M. pro Hektar. Die Fehlbeträge bei den Domänen Lentimmen, Raaißchen und Roscheiderhof belaufen sich auf zusammen rund 64 000 M.

Nach den gemachten Erklärungen über die Ursachen der Fehlbeträge ist der hohe Verlust der Domäne Lentimmen auf eine besonders geringe Ernte sowie auf den schlechten und ungenügenden Viehbestand zurückzuführen. Ähnlich seien auch die Verhältnisse in Raaißchen. Die Zahlenergebnisse der Domäne Roscheiderhof umfassen einen Zeitraum von 13 1/2 Monaten, der mit dem Lage beginnt, an dem die Domäne von der französischen Besatzung zurückgegeben wurde. Die Domäne ist fast gänzlich ohne Vorräte übernommen worden. Nach der Uebernahme habe man den sehr vernachlässigten Betrieb erst wieder auf die Höhe bringen und bedeutende Aufwendungen für Instandsetzung der Gebäude, des Inventars und der Felder machen müssen.

Die finanziellen Ergebnisse der in staatlicher Selbstbewirtschaftung stehenden Domänen weisen einen Reinertrag von 72 216 M. aus, von dem nach Abzug des Verlustes von 64 238 M. ein Gewinn von 11 978 M. verbleibt. Auf den einzelnen Hektar umgerechnet ergibt das den Betrag von 2,60 M.

Dieses Ergebnis ist fraglos mager. Trotzdem widerlegt es die Behauptungen der landwirtschaftlichen Unternehmer, daß die landwirtschaftlichen Betriebe nur unter erheblicher Geldbeimahu anfruchtbarhalten seien. Zu beachten ist vor allem, daß das finanzielle Ergebnis wesentlich durch die Domänen Lentimmen und Roscheiderhof beeinflusst wurde, die unter fast unnatürlichen Umständen gearbeitet haben.

Die Vorkursaktien der Deutschen Reichsbahngesellschaft sollen nach einer Mitteilung der Reichsbank voraussichtlich schon etwas früher als zum 10. Februar zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt werden können. Der genaue Zeitpunkt wird noch bekanntgegeben werden. Es handelt sich, wie schon gemeldet, zunächst um 100 Millionen Vorkursaktien mit einer garantierten Dividende von 7 Proz. Nach früheren Erfahrungen werden kleinere Zeichner oberhalb der großen Herren behalten die schönen Papiere der Reichsbahn sicher für sich.

Eine neue Papierfabrik. Der Verein für Zellstoffindustrie L. G. in Berlin, der in den letzten zwei Jahren seine Dividenden von 6 auf 10 Proz. heraufsetzen konnte, beschäftigt jetzt, die bei Mainz gelegene Rastheimer Cellulose- und Papierfabrik L. G. sich anzuschließen. Dieses Werk, das wegen Beschäftigungsschwierigkeiten längere Zeit stillgelegt hat und für 1926 einen Verlust von fast einer halben Million bei 1,5 Millionen Mark Aktienkapital auswies, soll durch umfassende Rationalisierung wieder rentabel gestaltet werden.

Achtung!

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Zentrale Berlin

Am Montag, dem 6. Februar 1928, finden in allen 26 Verwaltungsbereichen

Bezirksmitgliederversammlungen

Nachfolgende Tagesordnung ist in allen Versammlungen:

1. Bericht über die Arbeit unseres Verbandes im Geschäftsjahr 1927.
2. Neuwahl der Bezirksleitung.
3. Verschiedenes.

Das Mitgliedbuch dient als Ausweis und ist am Sonntag auszugeben.

Die Versammlungen finden in folgenden Lokalen statt:

- Bezirk 1, Mitte: Saal des Reichsanwaltes, Berlin N., Roßmarktstr. 14/15, Beginn 19 Uhr.
- Bezirk 2, Tiergarten: Hotel Liebenow, Berlin SW., Waldenstraße 19, Beginn 19 Uhr.
- Bezirk 3, Wedding: Schulhaus, Bankstraße 17, Beginn 19 Uhr.
- Bezirk 4, Prenzlauer Berg: Schulhaus, Senefelderstraße 6, Beginn 19 Uhr.
- Bezirk 5, Friedrichshagen: Böllers Heide, Behrerstraße 17, Beginn 19 Uhr.
- Bezirk 6, Kreuzberg: Raben Heide, Rühlstraße 23, Beginn 18 Uhr.
- Bezirk 7, Charlottenburg: Germania-Heide, Spreerstraße 13, Beginn 19 Uhr.
- Bezirk 8, Spandau: Restaurant Nordpol, Luisenstraße 2, Beginn 19 Uhr.
- Bezirk 9, Wilmersdorf: Restaurant Anita, Lauenburger Str. 21, Beginn 19 Uhr.
- Bezirk 10, Jehlendorf: Lindenpark Jehlendorf, Berliner Gauleiter, Ede Wartenstraße, Beginn 19 Uhr.
- Bezirk 11, Schöneberg: Oberzoobernschule, Berlin-Puffer-Str. 23/24, Beginn 20 Uhr.
- Bezirk 12, Steglitz: Rathaus Steglitz, Pichlerstraße, Hufeis. 7, Beginn 20 Uhr.
- Bezirk 13, Tempelhof: Restaurant Wank, Wartenberg, Charloisstraße 27, Beginn 19 Uhr.
- Bezirk 14, Neukölln: Postamt-Edle, Bergstraße 131/132, Beginn 19 Uhr.
- Bezirk 15, Treptow: Lokal „Zumühlen Grunde“ (Otto Kühn), Oberkassowstraße, Siemensstraße 1, Beginn 19 Uhr.
- Bezirk 16, Köpenick: Restaurant Jäger, Jägerbühnenweg, Rahnsdorfstr. 15, Beginn 19 Uhr.
- Bezirk 17, Lichterfeld: Eichen-Lounge, Rathenaustraße 8, Beginn 18 1/2 Uhr.
- Bezirk 18, Wilmersdorf: Gleditschhaus, gr. Saal, Parkstr. 10, Beginn 19 Uhr.
- Bezirk 19, Dantow: Vanabier-Warten, Schloßstraße 2, Beginn 19 Uhr.
- Bezirk 20, Reinickendorf: Restaurant Jender, Reinickendorf-West, Berliner Straße 73, Beginn 19 Uhr.

Bibliothek und Kasse bleiben an diesem Tage geschlossen!!!

„20 Jahre Jünger“ (ges. gesch.) auch genannt

„Exlepäng“

(ges. gesch.) Gibt grauen Haaren die Jugendfarbe wieder. „Exlepäng“ erhält die Goldene Medaille 1913. Es färbt nach und nach, also unauffällig. Kein gewöhnliches Haarfärbemittel. Erfolg garantiert. „Exlepäng“ ist wasserhell, schmutzt nicht und färbt nicht ab, es fördert den Haarwuchs, wovon sich jeder Gebraucher selbst überzeugen kann. Vollständig unschädlich. Kinderleicht zu handhaben. Tausende Dank-schreiben. Von Ärzten, Professoren usw. gebrauch und empfohlen. „Exlepäng“ ist durch seine vorzüglichen Eigenschaften weltberühmt. Preis 7 M. Für dunkle Haare und solche, welche die Farbe schwer annehmen. „Extra stark“, Preis 12 M. Nachschreibungen weisen man zurück. In Friseur-geschäften, Parfümerien, Schloßstraße 2, Beginn 19 Uhr. In Friseur-geschäften, Parfümerien, Schloßstraße 2, Beginn 19 Uhr. wo nicht, zu haben direkt vom alleinigen Fabrikanten

Parfümeriefabrik Exlepäng
Hermann Schenkerberg
Berlin N. 94, Bornholmer Straße 7.
Export nach allen Weltteilen.

Nur echt in diesem Original-Karton.

Enthaarungs-Milch-Creme „Exex“, entfernt überflüssige Haare. Ärztlich empfohlen. Tube M. 2.—, Glasflasche M. 3.—

Exolin, fürbe Augenbrauen und Wimpern, unabweisbar und unschädlich. Preis M. 5.— und M. 7,50.

Theater, Lichtspiele usw.

Stants-Oper Am Pl. d. Republ. 7 1/2 Uhr Zum 1. Male Der Arzt wider Willen

Deutsches Theater Neue Fernsprechschicht. Norden 12.310 (Sammelnummer) U. Ende nach 10 U.

Volksbühne Theater am Obilivplatz Th. am Schiffbauerdamm 8 Uhr Mann ist Mann

Kammerspiele Neue Fernsprechschicht. Norden 12.310 (Sammelnummer) U. Ende nach 10 U.

Grosses Schauspielhaus Anfang 8 Uhr Ende 11 Uhr REGIE: CHARELL

Berliner Theater Richtung Kuhnert. Dorotheenstr. 39-41, Doro. 170 8 1/2 Uhr

CASINO-THEATER 8 Uhr Lotzinger Str. 37 Die spanische Fliege.

Piscatorbühne Faust, 1. Huldendurchlauf Kurfürst 3091/93 Täglich 8 Uhr

8 Komische Oper 8 Neues Revue-Stück Alles Nackt!

Reichshallen-Theater 8 Uhr, Sonntag nachm. 3 Uhr Stettiner Sänger

8 SCALA Neulandstr. 7700 Albertina Rasch-Girls im Rahmen des großen Varieté-Programms!

Hansa-Fischbackstube (Spezial-Fisch-Restaurant) am Alexanderplatz (Rathaus Str. 58)

Wintergarten 8 Uhr Das gr. neue Programm! Sonntag 2 Vorstellungen

Circus Busch Februar der Monat des absoluten Circus.

NEUE WELT Arnold Scholz Nasenheide 108-114 Großes Bockbierfest

Vasquez Das sensationelle brasilianische Balancen-Wunder in 20 Meter Höhe.

Alpenball 7 Kapellen. Neue Dekorationen 30 bayr. Madeln

PALAIS DES ZENTRUMS Berlin C., Rosenthaler Straße 36

Neue Kokspreise! Mit Wirkung ab 1. Februar 1928 bis auf weiteres hat die Koks-Vereinigung Berlin 1925 G. m. b. H. folgende Preise...

Erstaufführung für Berlin Joh.-Seb.-Bach-Saal, Berlin W. 35 Lützowstraße 76 Montag, den 6. Februar 1928 19 und 21 Uhr: Filmvortrag Canada

Wo treffen wir uns? im „Pankgrafen“ Pankow, Schlossstr. 6. Jeden Sonntag und Donnerstag...

Alle Musikinstrumente Piano, Platten TEILZAHLUNG kleine Wochenraten MUSIK-THIEL Pfingststr. 1 Ecke Kottb. Damm

Auguststr. 24-25 vis-a-vis der Kleinen Hamburger Straße Clärchens Witwenball

Heute morgen verschied nach kurzem Leiden im 67. Lebensjahre der Vorsitzende unseres Verwaltungsrats S. Exzellenz Herr Wirklicher Geheimer Rat Staatssekretär a. D. Otto Rüdlin

Molte-Möbel Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Einzel-Möbel, Küchen, Sofas, Ruhebetten auch gegen 24 Monatsraten

Auf Teilzahlung Herren-, Damen-Garderobe Anzüge, Gummi-Mäntel, Kleider bis 18 Monatsraten

Schönhauser Festsäle Schönhauser Allee 129 (Nähe Bahnhof Nordring) Festsprecher Vineta 2487

Alle Musikinstrumente Piano, Platten TEILZAHLUNG kleine Wochenraten MUSIK-THIEL Pfingststr. 1 Ecke Kottb. Damm

Nähmaschinen Tüppel-Nähmaschinen gegen 8-Monat-Raten

Deutscher Metallarbeiter-Verband Erste, Sonnabend, den 4. Februar, abends 6 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandsheuses, Dorotheenstr. 83-85

Branchenversammlung der Eisenformer u. Verlosgeroffen

Allgemeine Begräbnishilfe Schwerin I. M., Gutenbergstraße 12

Verkehrslokal des Reichsbanners Richard Klose Lichtenberg (O.F.) Ruppertsstr., Ecke Eifelstr.

Fahrräder Fahrer, erfahrene Rententäter, Teilnahme bei Reichsbanner Contour

Kaufgesuche Schmuck, Silberwaren, Ringe, Uhren, Goldschmuck, Christbaum, Rosenkranz, etc.

Verschiedenes Geschenkbücher, Spielbücher, etc.

Vermietungen Zimmer Grobes Schlafzimmer mit Badgelegenheit

Arbeitsmarkt Stellenangebote Drucker und Kopier, nur aus dem Reich, sucht für bauseigenen Drucker

Assistenz-Zahnarzt (m) gesucht Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnis-schriften sowie Gehaltsansprüchen sind einzureichen